30. Jahrgang. Freitag, 22. April. Abend-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

№ 16419. 1887.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse Nr. 4 und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 22. April.

Des Kanzlers Ultimatum.

Das war wieder einmal ein „großer Tag" im Parlamente, ein Fest für die Besucher der Tribünen, die sich massenweise herandrängten; aber es bot sich ein wenig erquickliches, ein trübseliges Schauspiel für denjenigen, der einstens dem großen Kanzler vertrauensvoll in das große Ringen mit der römischen Macht jenseits der Berge gefolgt war. Der Kanzler kam und sprach, um noch einmal, klarer als vorher, die kleinen Ziele des „großen welthistorischen Culturkampfes" zu enthüllen. Ob er damit in den Bau seiner eigenen Größe einen neuen Stein gefügt? Die Geschichte späterer Decennien wird das besser entscheiden, als wir es heute können und wollen. Jedenfalls — er sprach und siegte; das letztere wird die Abstimmung am heutigen Tage zeigen. Er hat gesiegt, indem er die ganze Wucht seiner Persönlichkeit einsetzte und — ein seltenes Beispiel in unserem freilich constitutionellen Staatswesen — in unzweideutigster Form die Vertrauensfrage stellte, er, der es trotz der größten Niederlagen gewohnt war zu sagen: j'y suis, j'y reste.

Schon tags vorher war in parlamentarischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß Fürst Bismarck den Conservativen gegenüber, welche das Kirchengesetz im Sinne der ursprünglichen Vorlage abschwächen möchten, die Vertrauensfrage gestellt habe. Dies wurde gestern öffentlich durch den Reichskanzler selbst bestätigt, und zwar, was am meisten Aufsehen erregte, in dem Sinne, daß die Vertrauensfrage auf Grund der jetzigen Vorlage auch den Nationalliberalen gegenüber gestellt sei. Vor allem der letzte Theil der Rede des Reichskanzlers war auch für den aufmerksamsten Zuhörer schwer verständlich, weil der Redner selbst nur mit großer Anstrengung die Indisposition der Stimme überwinden konnte. Gleichwohl kann die Darlegung des Reichskanzlers nur als eine Mahnung an die Nationalliberalen aufgefaßt werden, ihre Stellung zur Vorlage im Sinne der Vertrauensfrage zu ändern. Fürst Bismarck erklärte ausdrücklich, eine Meinungsverschiedenheit innerhalb der „nationalen" Parteien würde ihn compromittiren. Außerhalb Deutschlands werde ihm kein Mensch (das heißt wohl der Papst) glauben, daß wenn seine Freunde gegen seine Vorlage stimmten, das ohne seine Zustimmung geschehe. Dadurch würde seine politische Zuverlässigkeit, die für die äußere Politik so wichtig ist, beeinträchtigt.

Scheinbar steht zwar mit dieser Erklärung im Widerspruch die Ankündigung des Reichskanzlers, wenn seine politischen Freunde ihn verlassen sollten, werde er sich dem Kaiser nur für den auswärtigen, d. h. für den Reichsdienst zur Verfügung stellen. Denn wenn wirklich die Zuverlässigkeit des leitenden Ministers in Frage gestellt ist, so würde doch gerade die auswärtige Politik desselben darunter leiden. Man hat zunächst gemeint, bei dieser Erklärung des Reichskanzlers handle es sich in der Hauptsache um eine Widerlegung der gestern früh in der „Germania" aufgetauchten Insinuation, die den Nationalliberalen gegenüber so ganz ausnahmsweise bewiesene Geduld des Kanzlers gebe sehr viel zu denken. Zudem würde doch die Stellung der Vertrauensfrage zunächst eine Spaltung der nationalliberalen Partei zur Folge haben, die geschlossen doch wohl unter keinen Umständen für das Gesetz stimmen würde. Auf der anderen Seite aber hat der Reichskanzler gerade die gestrige Erklärung gewiß nicht in der Hitze des Kampfes, sondern mit völlig kaltem Blute abgegeben, so daß man, falls die Nationalliberalen, der Erklärung des Herrn Gneist entsprechend, gegen die Vorlage stimmen, dem weiteren Verlauf mit Spannung entgegensehen muß.

Auf die conservative Partei scheint das Ultimatum des Reichskanzlers eine durchschlagende Wirkung geübt zu haben. Wenn auch nicht Herr Stöcker, so hat doch Frhr. v. Hammerstein sich für die Vorlage einschreiben lassen, obgleich er seit Wochen in der „Kreuzztg." angekündigt hat, das Kirchengesetz sei nur annehmbar, wenn auch der evangelischen Kirche größere Freiheit und Selbständigkeit eingeräumt würde. Daß daran nicht zu denken ist, weil das, was die Herren v. Hammerstein und Genossen unter Freiheit und Selbständigkeit der evangelischen Kirche verstehen, nur eine Schmälerung der Rechte der Gemeinden sein würde, diese aber der ganzen Natur der evangelischen Kirche nach mit dem Wesen derselben unvereinbar ist, hat Fürst Bismarck mit aller nöthigen Deutlichkeit erklärt. In demselben Athem freilich gab er zu, daß der evangelischen Kirche lediglich durch bessere Dotationen geholfen werden könne; eine Andeutung, welche begreiflicher Weise auf der Rechten mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde.

Damit ist denn alles, was die „Kreuzztg." seit Wochen über die Frontstellung des Reichskanzlers gegen die Bestrebungen der Frhr. v. Hammerstein, Kleist-Retzow und Gen. gesagt hat, in befriedigendster Weise bestätigt. Nur Herr Stöcker gehört bis jetzt noch zu den Unversöhnlichen.

Die Angriffe des Reichskanzlers auf die freisinnige Partei, die sind alte Bekannte, deren Wiedererscheinen nachgerade Niemand mehr sonderlich aufregen wird. Virchow vertheidigte die Partei in wirksamster Weise und rechtfertigte die jetzige Haltung derjenigen, die früher glaubten, es handele sich bei dem Kanzler wirklich um das, was es schien, um eine organische Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat, nicht um opportunistisch-politische Schachzüge. Nicht noch einmal wollen Virchow und seine Freunde dem Kanzler die Verantwortung für diese Art von Gesetzgebung tragen helfen, und mit Recht!

Der Reichskanzler antwortete mit einer gereizten Auseinandersetzung. Die Schärfe der Virchow'schen Kritik sei durch die Gewohnheit des Universitätslehrers, der alles, ohne Censur zu fürchten, sagen könne, zu erklären; eine organische Kirchengesetzgebung habe er — wie gesagt: kleine Ziele eines großen Kampfes — nie beabsichtigt. Sprachs und verließ den Saal.

Der Zischenfall an der französischen Grenze.

Wie heute Morgen gemeldet, hat auf deutschem Grenzgebiet unweit Metz die Verhaftung des französischen Grenzpolizeicommissars Schnäbele seitens der deutschen Behörden stattgefunden. Näheres über den Vorfall liegt noch nicht vor. Aber der Vorfall scheint in Paris viel Staub aufgewirbelt zu haben, wie aus nachstehendem, uns heute zugehenden Telegramm hervorgeht:

Paris, 22. April. (W. T.) Der Justizminister conferirte gestern mit dem Premierminister Goblet und dem Minister des Aeußern, Flourens, anläßlich der Verhaftung des Polizeicommissars Schnäbele und trug alsdann dem Generalprocurator sowie dem Procurator in Nancy auf, sich nach Pagny zu begeben und Bericht über die näheren Umstände wegen der Verhaftung einzuholen. Der Präfect des Departements Meurthe et Moselle, der gestern Abend nach Paris gekommen ist, conferirte über diesen Fall mit Goblet.

Mit der enormen Höhe des Nachtragsetats

hat es seine Richtigkeit. Als uns vor ein paar Tagen ein Privattelegramm den Betrag des Nachtragsetats auf 134 Millionen angab, erhoben sich verschiedene Stimmen, welche dies bezweifelten und daran festhielten, daß der Betrag viel geringer sei. Nun stellt sich statt dessen heraus, daß jene Angabe noch um eine ganze Reihe von Millionen zu niedrig gegriffen war. Heute ist der Nachtragsetat im Reichstage eingegangen, und in Bestätigung der Meldung in unseren heutigen Morgentelegrammen berichtet uns der Telegraph aus der Vorlage folgendes:

Berlin, 22. April. Die dem Reichstage heute zugegangene Anleihe-Vorlage umfaßt 15 647 702 Mk., die an einmaligen Ausgaben anläßlich der Heeresverstärkung pro 1886/87 außeretatsmäßig verwendet worden sind. Der Reichskanzler ist ferner ermächtigt, für die Verwaltung des Reichsheeres 117 168 142, für die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes 36 314 000, endlich zu eisernen Vorschüssen für die Heeresverwaltung 3 195 789 Mk., insgesammt 172 325 633 Mk. (nominal) im Creditwege flüssig zu machen.

Ein späteres Telegramm fügt dem hinzu:

Berlin, 22. April. (Privat-Tel.) Der dem Reichstage zugegangene Nachtragsetat enthält nur die ersten Raten für Festungen und Eisenbahnen; die weiteren Raten erfordern 125 Millionen, der Gesammtbedarf ist also 300 Millionen.

Nun, der Steuerfiscus ist ja schon, wie der nationalliberale Abgeordnete Diffené neulich ganz treffend bemerkte, wie ein „hungriger Wolf" auf der Suche nach Steuerobjecten. Er wird aber jetzt angesichts dieser neuen gewaltigen Ausgaben wohl heißhungrig werden.

Zum Besten der arbeitenden Klassen.

Zu den an dieser Stelle mitgetheilten Beschlüssen der socialpolitischen Commission der Freisinnigen bemerkt das conservativ-gouvernementale „Deutsche Tageblatt":

„Wenn die Freisinnigen weiter nichts können, als durch Resolutionen wie die obigen beweisen, daß sie so weit hinter ihrer Zeit zurückgeblieben sind, um nicht einmal zu wissen, daß Maßregeln zum Besten der arbeitenden Klassen längst getroffen sind, und daß sie deshalb zu spät kommen, so hat die Absicht, Stellung zu den großen socialen Zeitfragen zu nehmen, weiter keinen Zweck, als Unkundigen Sand in die Augen zu streuen und Wahlwerbungen unter falscher Flagge zu machen."

Welcher Art diese schon getroffenen Maßregeln sind, das zu wissen, wäre von Interesse. Sollte damit etwa das Socialistengesetz gemeint sein, welches für einen sehr großen Theil der arbeitenden Klassen gleichbedeutend ist mit der Verschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts, des Rechts der Meinungs-Aeußerung durch die Presse und nach der neuen Handhabung des Gesetzes auch des Coalitionsrechts, welches die Arbeiter bekanntlich den Liberalen verdanken? Oder sollte etwa unter den Maßregeln zum Schutze der arbeitenden Klassen die Vertheuerung des Getreides und anderer nothwendiger Lebensmittel durch die landwirthschaftlichen Zölle zu verstehen sein, Zölle, deren weitere Erhöhung die conservativen, arbeiterfreundlichen Parteien im Interesse der Großgrundbesitzer als eine absolute und dringende Nothwendigkeit bezeichnen? An Maßregeln dieser Art ist freilich auch bisher schon kein Mangel gewesen; aber daß die Freisinnigen auf diesem Gebiete versuchen sollten, den Freunden des „Deutschen Tagebl." Concurrenz zu machen, ist wirklich nicht zu befürchten.

In der Angelegenheit des Prazak'schen Sprachen-Erlasses

hat einer telegraphischen Meldung aus Wien zufolge gestern das Reichsgericht wegen der Beschwerden, welche verschiedene Gemeinde- und Bezirksvertretungen anläßlich der Sistirung von Kundgebungen gegen die Sprachenverordnung erhoben hatten, das Urtheil gefällt. Die Beschwerden der Gemeinden Troppau, Friedland, Karlsbad und Sternberg wurden für begründet erachtet, dagegen die der Gemeinde Reichenberg verworfen, da dem Stadtverordneten-Collegium das Recht nicht zustehe, an einem Regierungsacte Kritik zu üben.

Stambulow über die Situation Bulgariens.

Wie aus Philippopel gemeldet wird, veranstalteten die dortigen Offiziere der Garnison am 18. April, Abends, zu Ehren der dort weilenden Regenten ein großartiges Banket. In Erwiderung eines auf seine Gesundheit ausgebrachten Toastes sprach Stambulow der Garnison seinen Dank dafür aus, daß sie seinem Appell im letzten August, Bulgarien zu retten, Folge geleistet habe. Angesichts der Versicherungen Rußlands, die Freiheit und Unabhängigkeit des Fürstenthums achten zu wollen, seien die Regenten erstaunt gewesen über die wiederholten Vorschläge, die Armee russischen Offizieren zu überliefern. Der Posten eines Ministers des Auswärtigen müsse abgeschafft werden, da Bulgarien nicht nöthig habe, mit anderen Mächten zu verhandeln. **Die Regenten seien entschlossen, die Unabhängigkeit des Landes zu wahren,** bis sie die Aufgabe in die Hände eines neuen Fürsten legen könnten. **Die Lage habe sich bedeutend gebessert,** aber es sei nöthig, die Krisis so bald als möglich zu Ende zu bringen. Oberst Mutkurow sprach in ähnlichem Sinne. Beide Reden fanden eine höchst begeisterte Aufnahme.

Eine Gesandtschaft aus dem Sudan.

Zwei Abgesandte des Nachfolgers des Mahdi's in Chartum sind am 18. April mit zwei Dienern in Cairo angekommen und tags nachher vom Khedive in einer Audienz empfangen worden. Alle tragen Derwischtracht. Die Abgesandten wurden von dem Khedive in Gegenwart der Minister und des Scheichs Morgani empfangen, und nachdem sie drei Briefe von dem „Khalipha" überreicht, die beziehungsweise an die Königin Victoria, den Sultan und den Khedive gerichtet sind, kam die Audienz zu Ende. Der Brief an den Khedive besagt:

„Erkenne mich als den echten Mahdi an und Du wirst gerettet sein und wir werden Freunde sein; sonst werde ich vorwärts marschiren und Dir wird dasselbe zustoßen, was Deinen Generalen zustieß."

Die an die Königin Victoria und den Sultan gerichteten Briefe wurden von dem Khedive Sir Evelyn Baring beziehungsweise Achmed Mukhtar Pascha übergeben. Das Schreiben an die Königin ist ähnlichen Inhalts, wie das an den Khedive gerichtete. Die Königin wird als „Victoria, Liebling des Volkes" angeredet und eingeladen, „den wahren Glauben anzunehmen". Der Kalipha kündigt auch seinen sofortigen Marsch auf Aegypten an, falls er nicht durch die Ueberbringer des Briefes eine günstige Antwort erhält. Der an den Sultan gerichtete Brief wurde uneröffnet nach Konstantinopel befördert.

Die Abgesandten sind im Abdin-Palast untergebracht und werden streng bewacht. Darüber, ob der Khedive das Schreiben beantworten soll und in welchen Ausdrücken, ist noch kein Beschluß gefaßt worden. Die britischen Beamten in Cairo legen der Mission wenig Wichtigkeit bei.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung vom 21. April.

Das Haus tritt sofort in die erste Berathung des G.-E., betr. Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze.

Abg. **Gneist** (n.-l.): Die nationalliberale Partei hat keine Bedenken erhoben gegen die Verhandlungen mit der Curie. Auch hat sie keine Erfolge dieser Verhandlungen vermißt. Sie hat nichts gegen eine Einigung mit der Curie, so lange dieselbe geschieht auf dem Boden der Toleranz, auf dem Boden der Wahrung der Rechte des Staates. Vor Allem darf der Staat nicht verzichten auf die Gleichberechtigung der Confessionen und die Einheit der Nation. Ein Anderes aber ist es, wenn der Friedensschluß zwischen Staat und Kirche erfolgt unter Mißverhältnissen von Leistung und Gegenleistung. Die Römischen verlangen, daß der Staat das non possumus der Curie anerkenne, dann aber müßte auch unsere römisch-katholische Bevölkerung gewisse Rechte des Staates anerkennen. Bei dem Einfluß, welchen die katholische Geistlichkeit auf die Bevölkerung hat, muß der Staat einen Einfluß auf die Vorbildung der Geistlichkeit behalten. Ebenso muß er ganz zweifellos einen Antheil an der Besetzung der Aemter haben. Die Stellung der römischen Curie hierzu ist stets eine sehr einfache gewesen, die Curie hat jeden Einfluß des Staates auf die Besetzung der Aemter abzuwehren gesucht. Der Staat aber kann sich u. a. im nationalen Interesse nicht der Gefahr aussetzen, daß Aemter besetzt werden durch Ausländer. Einen Verzicht auf diese Interessen und Rechte des Staates muß man schon in der völligen Freigebung der Besetzung der Pfarrstellen, des Sakramentespendens und des Messelesens erblicken. Weiter darf der Staat nicht Verzicht leisten auf ernste Beschränkung der Orden. Es gilt das jedenfalls von allen Orden für Erziehung und Unterricht, denn einen Einfluß auf Erziehung und Unterricht muß der Staat haben. Und was die Orden für Seelsorge betrifft, so ist es Thatsache, daß durch dieselben vielfach Streit in die niederen Volksklassen gebracht wird. (Zurufe vom Centrum: Nicht wahr) Der protestantische Staat (Zurufe Giebt's ja nicht!) kann auf seine Rechte hinsichtlich Zulassung der Orden nicht verzichten, ohne sich selbst aufzugeben. Die kirchenpolitischen Gesetze vom Anfang der 70er Jahre haben dem Staate durchaus keine neuen Hoheitsrechte verschafft, sondern nur die bestehenden Hoheitsrechte fest umgrenzt. Alle die Rechte des Staates, welche durch jene kirchenpolitischen Gesetze festgestellt worden sind, haben dem Staate schon auf Grund des Landrechtes beigewohnt. Je mehr wir jetzt von diesen Gesetzen aufgeben, desto mehr drängen wir den Staat zurück auf das Nothrecht der Selbsthilfe. Da werde ja nun gesagt, nöthigenfalls könnten die Gesetze, die man jetzt beseitigen wolle, ja wieder hergestellt werden. Aber für die Wiederherstellung könne bei der Art des Zustandekommens der Gesetze überhaupt, bei dem Erforderniß der Zustimmung des Landtages, Niemand die Verantwortung übernehmen. Das seien im wesentlichen die Bedenken seiner Partei. Dieselbe bezweifle auch den Erfolg dieser Friedensvorlage. Seine Partei sei sich ihrer Verantwortung gegenüber dieser Vorlage voll bewußt, namentlich auch ihrer Verantwortung für Wahrung der Rechte der Protestanten. Seine Partei beantrage Berathung der Vorlage in einer Commission.

Abg. **Windthorst**: Die soeben gehörte Rede könnte mich sehr leicht zu einer Erwiderung reizen. Ich würde dieselbe Punkt für Punkt beantworten können. Wir haben das Alles bei der Berathung der Maigesetze von demselben Herrn bis zum Ueberdruß gehört. Ich werde mich aber auf die Mittheilung folgender Erklärung, die von meiner Fraction einstimmig genehmigt ist, beschränken: „Von Seiten des heiligen Stuhls, dessen Competenz in Fragen des Kirchenregiments zweifellos feststeht, ist zu erkennen gegeben worden, daß die von dem Herrenhause angenommene kirchenpolitische Vorlage mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse tolerirt werden könne, daß ferner diese Vorlage den Zugang zu dem so lange und mühsam angestrebten Frieden eröffnet, daß endlich, was insbesondere das in Frage befindliche Einspruchsrecht betrifft, zwischen dem heiligen Stuhle und der preußischen Regierung augenblicklich weitere Verhandlungen stattfinden, und der heilige Stuhl dabei sich bemühen wird, eine friedliche Vereinbarung darüber herbeizuführen, wie das Einspruchsrecht auszulegen sei, und welche Regeln gelten sollten, wenn zwischen dem Bischof und dem Oberpräsidenten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Bezüglich der erwähnten Verhandlungen wird auf die beiderseitigen Noten verwiesen und ausdrücklich bemerkt, daß letztere im wesentlichen die Auffassung des Bischofs von Fulda über das Recht des Einspruchs und die Gründe desselben enthalten. Von diesen Erwägungen geleitet, hat der heilige Stuhl uns aufgefordert, für die Annahme der kirchenpolitischen Vorlage nach den Herrenhausbeschlüssen einzutreten. Den Hoffnungen des heiligen Vaters uns anschließend, und getreu dem Standpunkte, den wir während des ganzen kirchenpolitischen Kampfes unausgesetzt betont haben, werden wir dieser Aufforderung Folge leisten. Falls wider Erwarten die von dem Herrenhaus angenommene Vorlage in irgend einem Punkte zu Ungunsten der kirchlichen Freiheit verändert werden sollte, so würden wir uns genöthigt sehen, gegen die ganze Vorlage zu stimmen. (Hört! hört! links) Dem eben entwickelten Standpunkte gemäß erachten wir eine Commissionsberathung nicht für nothwendig und würden eventuell gegen eine solche uns erklären."

Abg. **Richter**: Ich könnte die Vorlage bis auf das Einspruchsrecht annehmen; durch die Formulirung dieses Punktes erachte ich mich aber gebunden, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Für die Straffreiheit des Messelesens und des Sacramentespendens kann ich an sich stimmen, entsprechend dem Verhalten meiner Fraction bei früheren Gelegenheiten. Eine erweiterte Ordensthätigkeit könnte ich ferner ebenfalls zulassen, sogar auf dem Gebiete des Unterrichts zulassen, wenn eine gesetzliche Regelung aller Unterrichtsfragen überhaupt stattfände. Das geschieht in dieser Vorlage nicht. Auch so würde mich das nicht hindern, für die Vorlage zu stimmen. Aber was mich hindert, dieselbe anzunehmen, ist die Formulirung des Einspruchsrechtes. Das Einspruchsrecht sollte früher das Mittel geben, die gesammte kirchenpolitische Gesetzgebung der damaligen Zeit durchzusetzen, namentlich durch Brechung des Widerstandes wenigstens bei den unteren Geistlichen. Nun liegt heute die Sache ganz anders. Die kirchenpolitische Gesetzgebung, welche durch das damals formulirte Einspruchsrecht geschützt werden sollte, existirt kaum noch. Heute hat daher das Einspruchsrecht nur noch eine politische Bedeutung. (Sehr richtig!) Dem entspricht auch die veränderte Formulirung des Einspruchsrechtes. Dasselbe ist heute nur noch ein politisches Bestätigungsrecht, wie es auch auf communalem Gebiete bereits längst besteht (Sehr wahr) und in parteipolitischem Interesse ausgenutzt wird. Sie wissen, m. H., wie dies Bestätigungsrecht in großen Städten, ja sogar gegenüber Schulzen und Schöffen gehandhabt wird. Und ebenso wird dieses Einspruchsrecht gehandhabt werden, es wird dienen zur Beförderung von Servilismus und Streberthum. Dieses Einspruchsrecht wird sofort seine Bedeutung äußern, wenn es sich um eine politische Opposition, etwa bei Wahlen, handelt, sei die Opposition nun conservativ oder liberal. Der Reichskanzler hat im Herrenhause gesagt, er persönlich mache sich aus dem Einspruchsrechte nichts. Aber ich weiß nicht, ob das nicht die Wendung eines Diplomaten war, der gegenüber man bekanntlich vorsichtig sein soll. Die Geistlichen sind auch Menschen und haben den Wunsch, ihre Stellung zu verbessern. Und wenn es sich etwa um eine Versetzung handelt, dann werden Bürgermeister, auch wohl Gendarmen, befragt werden und ein politisches Zeugniß über den Geistlichen abgeben! Daß von dem Einspruchsrecht in dieser Weise ein starker Gebrauch gemacht werden kann und wird, das entspricht ja der ganzen Richtung der letzten Vergangenheit. Was ist denn die Geschichte des Septennats (Rechts Lachen) anders, als ein Versuch, die kirchliche Autorität für politische Zwecke dienstbar zu machen!? (Sehr richtig.) Oder glauben Sie etwa, daß der Papst ein begeisterter Anhänger des Septennats ist? (Große Heiterkeit.) Auch steht ja in dem bekannten Schreiben des Cardinals Jacobini, er hoffe, durch Annahme des Septennats seitens des Centrums sich dem Reichskanzler angenehm zu machen! Allerdings ist dieser Versuch des Reichskanzlers, sich die Geistlichkeit für den weltlichen Zweck des Septennats dienstbar zu machen, gescheitert; gescheitert an der Heftigkeit des Centrums und des katholischen Volks. Aber wenn auch dieser Versuch, die Geistlichkeit nutzbar zu machen für weltliche Zwecke, betreffs des Centrums gescheitert ist, so ist doch dieser Versuch nicht ganz mißlungen. Die Nationalliberalen waren es, die diesem Versuch zujubelten, die eine Einmischung des Papstes in deutsche politische Dinge wünschten und bejubelten, wie sie zuvor seitens der katholischen Geistlichkeit und des Papstes niemals verlangt und gewagt worden ist. (Unruhe bei den Nationalliberalen und rechts.) Redner verweist weiter auf die bekannten landräthlichen Bekanntmachungen, in denen der Landrath ganz officiell die katholischen Geistlichen auffordert, dem Papste zu gehorchen und für die in Rede stehenden politischen Zwecke der Regierung einzutreten. Da haben Sie das Vorbild der politischen Beeinflussung der Geistlichen durch das Einspruchsrecht! Redner legt weiter dar, wie schon 1870/71 der Versuch gemacht wurde, das Centrum, dessen Entstehung als Partei mißliebig empfunden wurde, vermittelst des Papstes niederzuhalten. Als dies damals mißlungen sei, da erst habe man den Culturkampf begonnen, aber unter ganz anderen Vorwänden. Erst jetzt erfahren alle die damaligen Culturkämpfer durch den Commentar, den neulich die „Nordd. Allg. Ztg." in dem bekannten Depeschenwechsel veröffentlicht hat, daß sie damals, um einen Ausdruck des Reichskanzlers zu gebrauchen, lediglich im Dienste einer Parteipolitik gebraucht worden sind. (Sehr richtig.) Und jetzt will man wieder das Centrum durch den Papst im Rücken angreifen! (Sehr richtig) Aus alledem folgt doch, wie man auf die Worte, die neulich der Reichskanzler im Herrenhause gesprochen, nicht Häuser bauen dürfe. Redner streift weiter das Ergebniß der Wahlen vom 21. Februar; der Kanzler befürchte, wie er ja im Herrenhause angedeutet habe, daß nach drei Jahren die freisinnige Partei wieder stärker auf der Bühne erscheinen werde, und da gehe denn seine Absicht dahin, wie er ja ebenfalls im Herrenhause angedeutet habe, durchzusetzen, daß das Centrum wie ein Bach nach verlaufener Gewitterhochflut wieder austrockne. Weil er das Wiederanwachsen der Freisinnigen fürchte, arbeite er jetzt mit solcher Energie auf eine mittelparteiliche Majorität hin, allerdings eine Majorität, die „nicht aus der Schüssel mitessen dürfe" (Heiterkeit). Ich habe für die letzte kirchenpolitische Vorlage gestimmt, aber muß gegen diese neueste Vorlage stimmen, weil diese Vorlage, dieses Einspruchsrecht, lediglich eine Etappe sein soll auf dem Wege nach dem Kanzlerabsolutismus. (Unruhe rechts.) Alle haben wir ein Interesse an der freiheitlichen Gestaltung unserer politischen Verhältnisse, und eine religiöse Freiheit kann auch nicht bestehen, wenn sie nicht ein gewisses Maß politischer Freiheit zur Voraussetzung hat. (Lebh. Beifall links.)

(Schluß in der Beilage).

Deutschland.

L. **Berlin**, 21. April. Die Petitionscommission des Reichstags beschäftigte sich heute mit der Petition des **Verbandes der deutschen Thierschutzvereine** zu Köln a. Rh. um Erlaß reichsgesetzlicher Vorschriften, durch welche angeordnet wird, daß Schlachtthiere nur nach vorangegangener Betäubung durch Blutentziehung getödtet und daß Schlachtungen überhaupt nur durch geprüfte licensirte Personen und in allgemeinen Schlachthäusern und durch angestellte Schlächter ausgeführt werden. Im Gegensatz zu dieser Petition waren zahlreiche Petitionen der Vorstände der israelitischen Gemeinden zu Magdeburg, Aachen, Görlitz u. s. w. eingelaufen, welche sich darauf berufen, daß das Schächten nach den rituellen Vorschriften in keiner Weise als Thierquälerei anzusehen sei. Die Commission einigte sich schließlich dahin, die sämmtlichen Petitionen dem Reichskanzler als Material zur Erwägung zu überweisen, ob und auf welche Weise, insbesondere durch Abänderung des Reichsstrafgesetzbuches, den geltend gemachten Mißständen entgegenzutreten ist. Ebenso wurden die dem Reichstag zugegangenen Petitionen betreffend die Freigebung des Apothekergewerbes der Regierung als Material zur Gesetzgebung überwiesen.

* **[Zum Projecte eines deutschfreisinnigen Parteitages]** schreibt heute die Herrn Hänel nahestehende „Kieler Zeitung“:

„Wir zweifeln nicht an der günstigen Wirkung eines solchen Parteitages, wenn er mit einem gut vorbereiteten Programme und zur rechten Zeit abgehalten wird. Der Hoch- und Nachsommer eignet sich freilich für die große Majorität der Wahlkreise dazu nicht. Vielleicht gelingt es dem Parteitag, die unabläßigen Speculationen der Gegner auf die Zersetzung der Partei gründlich zu beseitigen. Sie regen sich in immer neuen Erfindungen. Was neuerdings z. B. über persönliche Reibungen zwischen Richter und Hänel verbreitet wird, ist einfach erlogen. Was über sachliche Gegensätze zwischen den ehemaligen Fortschrittlern und Secessionisten angedeutet wird, widerspricht schnurstracks der Thatsache, daß es auch nicht eine politische Frage giebt, bei der eine solche Spaltung besteht oder auch nur vorausgesehen werden könnte.“ Nachdem sodann auch die Möglichkeit, daß ehemalige Secessionisten eine neue Rücksecession wo möglich bis in den nationalliberalen Schooß zurück vornehmen könnten, als völlig undenkbar hingestellt ist, heißt es: „Aber es bleibt doch richtig — so oft auch diese Dinge zurückgewiesen und selbst zurückgenommen worden sind, die Tendenz, die sie erzeugt, läßt sie immer wieder auftauchen. Ein Parteitag würde damit aufräumen. Denn wie wir die Stimmung der freisinnigen Wähler kennen, so werden diese alle Versuche, die freisinnige Partei aufzulösen oder davon abzubröckeln, mit überwältigender Energie zurückweisen.“

* **In Breslau** gab in einer Versammlung der Wahlmänner der Cartellparteien der Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck, daß nach Annahme des Kirchengesetzes die Wahlmänner des Centrums für den Cartellbruder Schöller stimmen würden (dabei stimmen die Nationalliberalen jedenfalls nicht einmal für das Kirchengesetz!). Der nationalliberale Commerzienrath Molinari meinte, man dürfe nicht mehr haarscharf abmessen, ob liberal oder conservativ. Das wäre eitel Humbug und sei nur gut und nützlich **in der Kinderzeit** gewesen!

* **Aus dem Harz** wird dem „Hannov. Cour.“ geschrieben: Auch die in jüngster Zeit abgehaltenen Holzversteigerungen in den fiscalischen Forsten haben **ungewöhnlich hohe Holzpreise** erreichen lassen. Die aus dem Durchschnitt der letzten Jahre gebildeten Taxen der Verkaufsreviere wurden durchschnittlich wohl um mindestens 30 Proc. überboten; mannigfach aber wurden die Taxsätze um 80 bis 100 Proc. aufgetrieben. So erfreuliche Rückschlüsse diese gesteigerten Holzpreise auch auf eine gehobene Baulust resp. Erwerbsthätigkeit gestatten, so wird doch auch aus Kreisen der bezüglichen Industrie — und die Holznutzungsindustrie ist natürlich im Harz eine verbreitete — versichert, daß der Absatz der betreffenden Producte und Handelsartikel nicht zu entsprechend gesteigerten Preisen sich vollziehen lasse und daß das bezügliche Geschäft deshalb nur erschwert sei.

Dortmund, 20. April. **[Concurs eines Lotterie-Einnehmers.]** Ueber das Vermögen des hiesigen königlich preußischen Lotterie-Einnehmers Pilgrim ist der Concurs eröffnet worden, wodurch mehr als 500 Lotteriespieler in Mitleidenschaft gezogen sind. Diese Leute hatten nämlich bei der Einlösung des Looses zur ersten Klasse für alle vier Klassen bezahlt, also für jedes Viertelloos 42 Mk. Die Gelder sind nun nicht zur Verwendung für den bestimmten Zweck zurückbehalten worden, vielmehr hat die Concursverwaltung dieselben, als zur Masse gehörig in Anspruch genommen. Dasselbe ist mit nicht abgeholten Gewinnen geschehen. Die Spieler wollen sich bei dem Vorgehen der Concursverwaltung nicht beruhigen, vielmehr die Hilfe des Gerichts anrufen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. April. General **v. Kaulbars** nebst Familie ist heute Vormittag nach Dresden abgereist.

Frankreich.

Paris, 19. April. Für die erste Vorstellung von Wagners Lohengrin im Edentheater haben die Behörden große Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Sie sind um so besorgter, als am nämlichen Tage (23. April) das von der Pariser Presse zum Besten der Opfer des Erdbebens im Süden Frankreichs veranstaltete Fest in der ganz in der Nähe des Edentheaters gelegenen Großen Oper stattfindet und der Zudrang zu diesem Theile von Paris ein ungewöhnlich großer sein wird. Außerdem befürchtet man, daß die Anarchisten diese Gelegenheit benutzen, um eine Kundgebung zu versuchen. Die Polizei scheint am nächsten Sonnabend, falls es zu Ruhestörungen kommen sollte, nicht viel Federlesens machen zu wollen. Sie will bei der ersten Störung der Ruhe die Reiterei der Garde de Paris (Pariser Stadtsoldaten), die fast vollzählig vor der Oper, dem Edentheater und den umliegenden Straßen aufgestellt werden wird, einschreiten lassen.

England.

London, 21. April. **[Unterhaus.]** Unterstaatssecretär Fergusson erwidert auf eine an ihn gerichtete bezügliche Anfrage, die Vereinigten Staaten von Amerika seien der **internationalen Convention zum Schutz des industriellen Eigenthums** beigetreten, seitens der deutschen Regierung sei auf die an Deutschland ergangene Einladung zum Beitritt eine Antwort noch nicht erfolgt. (W. T.)

Rußland.

Petersburg, 21. April. Ein kaiserlicher Ukas ordnet die Emission einer **4procentigen inneren Anleihe** von 100 Millionen an. Die Subscription findet in der Reichsbank und deren Filialen in den Tagen vom 26. bis 28. d. Mts. statt. Der Cours ist auf 84 Proc. festgesetzt. (Die Ausführungsbestimmungen sind bereits in den Telegrammen der Morgen-Nummer mitgetheilt.)

Petersburg, 21. April. Der Marineminister, Viceadmiral Schestakow, ist zu einer Inspection der Häfen und Schiffswerfte des Schwarzen Meeres dorthin abgereist.

* **[Ueber die beabsichtigt gewesene besondere Auszeichnung des Herrn v. Giers]**, die zuerst von der russischen Correspondenz gemeldet wurde, erfährt die „Post“, daß dieselbe an Allerhöchster Stelle in St. Petersburg allerdings fest beschlossen war, jedoch zufolge Einwendungen seitens einiger Staatsminister noch nicht erfolgt ist, weil von denselben befürchtet wurde, daß diese seltene Auszeichnung in gewissen russischen Kreisen große Mißstimmung hervorrufen würde.

Diese „Aufklärung“ macht die Sache nicht klarer; wenn Hr. v. Giers einerseits auf öffentliche Genugthuung für den ihm von Katkow öffentlich angethanen Unglimpf verzichten muß und andererseits auch officiös in Aussicht gestellte Auszeichnungen aus Rücksicht auf persönliche Eifersucht anderer Staatsmänner oder dergleichen unterbleiben, so kann seine Stellung weder beneidenswerth noch gesichert erscheinen.

Moskau, 17. April. **[Die bösen Kirchensteuer-Zahler.]** Bei Beginn der diesjährigen Fastenzeit erfolgte die Verordnung, daß die Gemeindeglieder der orthodoxen Kirchen die üblichen Beicht- und Communiongelder nicht mehr den Geistlichen, Diakonen &c. selbst in die Hände drücken, sondern in eine dazu bestimmte Opferbüchse legen sollten. Diese Verordnung hat, wenn auch die hierbei im Auge gehabte Rücksicht auf die Würde der Priester eine noch so gut gemeinte war, in der Praxis doch manche Unzuträglichkeiten ergeben. So sind in vielen Kirchen die der Geistlichkeit zu gut kommenden Spenden weit hinter dem Ertrag früherer Jahre zurückgeblieben und betragen in einzelnen Fällen kaum die Hälfte von früher. Die „Sjowr. Jsw.“ betonen, daß der in der Fastenzeit allein viele hundert Rubel betragende Ausfall speciell auch die Moskauer Geistlichkeit in eine prekäre Lage versetzen dürfte. Was jedoch noch mehr zu bedauern ist, das ist, daß freche Hände statt eines Geldstücks Metallknöpfe in die Opferbüchse warfen.

Afrika.

* **[Abessynische Rüstungen gegen die Italiener.]** Man schreibt dem „Afrei“ aus Massaua: „Der Negus, welcher nun wohl weiß, daß die Italiener eine Expedition gegen ihn vorbereiten, um ihn zu entthronen und Menelik von Schoa an seiner Stelle zum Negus-Negaschti auszurufen, trifft schon Anstalten, um sein Reich und seinen Thron energisch vertheidigen zu können. Er hat daher alle seine Statthalter, Lehensfürsten, dann die vier Erzbischöfe des Reiches und den Vicekönig von Godscham, Tekla Haimanut, nach Adua beschieden, um ihnen die Lage des Reiches zu schildern und ihren Rath einzuholen. Tekla Haimanut, der bisher kein besonders loyaler Vasall war, hat sich nun aus Furcht vor Menelik, von dem man weiß, daß er das Lebenswesen in Abessynien aufheben und die Oberhoheit Italiens anerkennen werde, mit seinem Gebieter, dem Negus, ausgesöhnt und ihm seine Armee zur Verfügung gestellt. Der Negus nahm dieses Anerbieten mit Dank an und bestimmte zugleich, daß die Armee von Godscham den Schoanern entgegenrücken werde, um sie an einer Vereinigung mit den Italienern zu verhindern. Gegen letztere werden dann der Negus, der Kronprinz und Ras Alula vereint ins Feld rücken, und werden deren vereinte Streitkräfte an 40 000 Mann stark sein. Schwierig wird es nur für die Abessynier sein, sich die nöthige Munition zu verschaffen, da die Italiener die Waffen- und Pulverausfuhr aus Massaua nicht mehr gestatten. Sie werden daher schwerlich auch ihre wenigen Geschütze benützen können.“

Am 23. April: S.-A. 4,44, U. 7,14 Uhr. **Danzig, 22. April.** Mond-A. b. Ta. U 7,12 (Neumond).

Wetter-Aussichten für Sonnabend, 23. April, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Veränderliche Bewölkung bei mäßigen, vorwiegend westlichen Winden, mit geringen Niederschlägen und wenig veränderter Temperatur.

* **[Strafbarkeit der Uebertragung von Retourbillets.]** Wir haben bereits vor einigen Tagen mitgetheilt, daß nun auch der oberste Gerichtshof für das deutsche Reich, das Reichsgericht zu Leipzig, durch ein Erkenntniß vom 7. Februar d. Js. die mißbräuchliche Benutzung eines für einen Anderen bestimmten unübertragbaren Fahrbillets als einen strafrechtlich zu ahndenden Betrugsfall anerkannt hat. In der Begründung des Erkenntnisses ist, wie uns heute seitens der königl. Eisenbahn-Direction mitgetheilt wird, ausgeführt, daß der auf dem Billet aufgedruckte Vermerk **„nicht übertragbar“** ein **durchaus statthafter** sei, da kein Gesetz der Bahnverwaltung verbiete, in dieser Richtung Bedingungen der Eisenbahn-Benutzung aufzustellen und auf den Billetten zum Ausdruck zu bringen. Durch die Annahme der Billets unterwerfe sich der Empfänger der Billets den Bedingungen; jeder Dritte müsse aus dem Billet die Benutzungsbeschränkung ersehen. In dem Vorzeigen eines für den Dritten ungiltigen Billets liege somit die Vorspiegelung der unwahren Thatsache, daß der Vorzeigende das Billet für sich gelöst habe, daß er der berechtigte Inhaber desselben sei. Auch eine Vermögensbeschädigung der Bahnverwaltung sei vorhanden, weil das Billet, als unübertragbar, nur den ersten Inhaber zur Fahrt berechtigte. Wenn ein Anderer die Strecke befahren wollte, so müßte er von der Bahnverwaltung durch Billetlösen die Berechtigung hierzu erwirken. Diese Erwirkung sei nicht erfolgt, vielmehr die Beförderung durch Erregung eines Irrthums ohne vorherige Zahlung des Fahrgeldes geschehen. Somit seien alle Voraussetzungen des Betruges vorhanden. — Diese, die bisher strittige Frage nunmehr endgiltig erledigende Entscheidung ist nicht nur für die Inhaber gewöhnlicher Retourbillets, sondern auch für die Inhaber von **Rundreise-, Bon-, Abonnementsbillets** &c. zutreffend, und somit von großer Wichtigkeit.

* **[Steuereinschätzung pro 1887/88.]** Die Bevölkerungs-Aufnahme für die diesjährige Klassensteuer-Veranlagung hat in Danzig incl. des Militärs eine Seelenzahl von 114 907 ergeben (gegen 113 086 im Vorjahr). Als steuerpflichtig kamen bei der Einschätzung in Betracht 47 859 Personen (gegen 46 315 im Vorjahr). Von ihnen mußten 670 Inhaber des eisernen Kreuzes resp. des Militär-Ehrenzeichens und 24 213 Personen wegen zu geringen Einkommens, also 24 883 Personen überhaupt steuerfrei bleiben (gegen 24 470 im Vorjahr). Zur Klassensteuer wurden demnächst 21 022 Personen veranlagt, der klassifizirten Einkommensteuer (durch die Klassensteuer-Commissionen) überwiesen 1954 Personen. Im Vorjahr betrug die Zahl der Klassensteuer-Censiten 19 897, sie ist also diesmal um 1125 **höher** und hat überhaupt seit 1876 die gegenwärtige Höhe nicht erreicht. Von den 21 022 Censiten kommen diesmal allerdings 15 203 oder 72,32 Proc. auf die von der Staatssteuer befreiten beiden untersten Stufen, während im Vorjahre nur 14 166 Personen oder 71,20 Proc. zu diesen die Einkommen unter 900 Mk. enthaltenden beiden Stufen eingeschätzt waren. Von 900—3000 Mk. Einkommen sind diesmal 5819 Personen oder 27,68 Proc. (gegen 5731 oder 28,80 Proc. im Vorjahre) eingeschätzt worden. Von dem pro 1887/88 zur Klassensteuer eingeschätzten Gesammt-Einkommen von 17 634 660 Mark (16 709 835 Mark im Vorjahr) entfallen 9 063 060 Mark oder 51,40 Proc. (gegen 49,54 Proc. im Vorjahr) auf die beiden untersten Stufen und 8 571 600 Mk. oder 48,60 Proc. (im Vorjahr 50,46 Proc.) auf die 10 übrigen Stufen der Klassensteuer. Das Jahressoll an Klassensteuer beträgt diesmal 202 278 Mk., davon bleiben 56 277 Mk. oder 27,82 Proc. für die beiden untersten Stufen unerhoben und 146 001 Mark oder 72,18 Proc. kommen zur Erhebung. Das hier pro 1887/88 veranlagte Jahressoll der Klassensteuer von 202 278 Mk. ist seit Einführung dieser Steuer in der Stadt Danzig (1874) noch in keinem Vorjahr erreicht worden. 1876 betrug es 199 281 Mk., fiel dann in den folgenden beiden Jahren bis auf 190 587 Mk., um 1880—82 wieder bis auf 201 438 Mk. zu steigen. Seitdem ist es abermals bis auf 193 755 Mk. im Vorjahr gefallen. Die diesjährige Steigerung um 1125 Censiten und 8523 Mk. Steuersoll entfällt jedoch lediglich auf die beiden untersten (staatssteuerfreien) Stufen, während in den 10 übrigen Stufen abermals eine Verminderung eingetreten ist, wie die obigen Procentsätze ergeben.

Anders gestaltet sich das Verhältniß bei der klassifizirten Einkommensteuer. Zu dieser waren pro Etatsjahr 1887/88 bei Veranlagung der Klassensteuer überwiesen 1954 Personen. Eingeschätzt sind 1961 Personen (also noch 7 aus der Klassensteuer hinübergenommen) mit einem Gesammt-Einkommen von 12 628 500 Mk. und einem Steuersoll von 350 550 Mk. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der Censiten um 13, das Gesammt-Einkommen um 114 300 Mk., das Steuersoll um 2934 Mk. **höher**. Bei dieser Steuer-Veranlagung ergiebt sich seit 1876 eine constante Steigerung, die jetzt im Vergleich zu jenem Jahre fast 100 000 Mk. erreicht. Es wurden eingeschätzt:

Jahr					
1876:	1377	Personen mit	252 198	ℳ	Steuersoll
1877/78:	1452	" "	259 092	"	"
1878/79:	1534	" "	271 998	"	"
1879/80:	1582	" "	281 448	"	"
1880/81:	1646	" "	295 434	"	"
1881/82:	1721	" "	304 236	"	"
1882/83:	1740	" "	315 774	"	"
1883/84:	1795	" "	324 270	"	"
1884/85:	1885	" "	335 592	"	"
1885/86:	1923	" "	341 496	"	"
1886/87:	1948	" "	347 616	"	"
1887/88:	1961	" "	350 550	"	"

Von den pro 1887/88 eingeschätzten 1961 Personen befinden sich 516 in der ersten Stufe (3000—3600 Mk. Einkommen), 338 in der zweiten (3600—4200 Mk.), 205 in der dritten (bis 4800 Mk.), 168 in der vierten (bis 5400 Mk.), 122 in der fünften (bis 6000 Mk.); mit 6600 Mk. sind 162 Personen, mit 7800 Mk. 106, mit 9000 Mk. 79 Personen eingeschätzt. Ueber 9000 Mk. Einkommen besitzen nach der Steuerveranlagung in Danzig nur 265, über 21 000 Mk. nur 52 Personen. Die drei Höchstbesteuerten in Danzig sind mit resp. 57 000 Mk., 66 000 und 78 000 Mk. Einkommen eingeschätzt. Ein Einkommen von 30 600 Mk. haben 10, ein solches von 34 000 Mk. 2, 39 000 Mk. 6, 45 000 Mk. 3 und 51 000 Mk. ebenfalls 3 Personen. — Von den 5819 Censiten der 10 oberen Klassensteuerstufen kommen auf die dritte Stufe (975 Mk. Einkommen) 1263, die vierte Stufe (1125 Mk.) 1055, die folgenden beiden Stufen (bis 1500 Mk.) 1426, alle folgenden Stufen zusammen nur noch 2075 Personen, darunter 217 resp. 202 in den beiden obersten Stufen.

* **[Retourbillets zu halben Preisen.]** Die Einrichtung, nach welcher an Sonn- und Feiertagen eintägige Retourbillets zum Preise der einfachen Hinfahrt für die Strecken Danzig-(Hohethor-)Neufahrwasser und von Danzig nach Oliva und Zoppot ausgegeben wurden, wird mit dem 1. Mai wieder in Kraft treten und sich auf die Zeit bis einschließlich 18. September erstrecken. Diese Billets werden bekanntlich für die 2. und 3. Klasse ausgegeben.

* **[Aus dem Oberverwaltungsgericht.]** Die Loge „Victoria zu den 3 gekrönten Thürmen“ in Marienburg war von dem dortigen Magistrat zu der Gemeinde-Einkommensteuer pro 1885/86 nach dem Miethswerthe ihres Gartengrundstücks veranlagt und mit ihrem gegen diese Veranlagung erhobenen Einspruch abgewiesen worden. Dieselbe erhob nunmehr Klage im Verwaltungsstreitverfahren mit dem Antrage auf Herabsetzung der von ihr erforderten Steuer, und der Bezirksausschuß zu Danzig gab diesem Antrage in seinem Urtheile vom 11. Oktober 1886 statt. Die von dem beklagten Magistrat gegen diese Entscheidung eingelegte Revision rügte, daß die Klage nicht fristzeitig eingereicht sei. In dieser Beziehung wurde festgestellt, daß der Beschluß des Magistrats auf den Einspruch dem Vorstandsmitgliede Oberlehrer G. zwar erst am 11. März 1886 früh zu Händen gekommen, aber bereits am Nachmittage vorher in seiner Wohnung zugestellt, und daß die Klageschrift am 25. März — also am letzten Tage der Frist, wenn man dieselbe vom 11. März rechnet — eingegangen war. Das Oberverwaltungsgericht entschied bei dieser Sachlage durch Urtheil vom 19. April d. J., daß die Klagefrist vom Tage der Zustellung des Beschlusses, also vom 10. März, zu rechnen sei; es hob demgemäß das Erkenntniß des Bezirksausschusses auf und wies die erhobene Klage als verspätet ab.

* **[Verjährung bei der Stempelsteuer.]** Die im § 12 des preußischen Gesetzes vom 24. Mai 1861 bestimmte Klagefrist von 6 Monaten für die gerichtliche Geltendmachung eines Anspruchs auf Rückzahlung gezahlter Stempelsteuer stellt nach einem Urtheil des Reichsgerichts vom 17. Februar d. J. eine Verjährungsfrist dar, welche im Geltungsbereich des preußischen Allg. Landrechts nicht 6 Kalendermonate, sondern 6 mal 30 Tage, also 180 Tage, beträgt.

* **[Predigerwahl.]** Die Präsentationswahl für die zweite Predigerstelle an der St. Trinitatis-Kirche findet, nach gestrigem Beschluß des Gemeinde-Kirchenraths, am 17. nächsten Monats statt. Zur Wahl stehen die Herren Pfarrer: Wiederhold aus Reichenberg, Schmidt aus Teukitten und Müller aus Mohmenen.

* **[Ferientage der katholischen Lehrer.]** Ein Stadtmagistrat wollte die katholischen Lehrer an den städtischen Simultanschulen von der Unterrichts-Ertheilung an **katholischen Feiertagen** nicht befreien, worauf die vorgesetzte Bezirksregierung die nachgesuchte Befreiung verfügte. Gegen diese Verfügung erhob der Magistrat bei dem Unterrichtsminister Beschwerde, wurde aber zurückgewiesen, weil die Regierungs-Verfügung der Sachlage entspreche. Der Einwand, daß an katholischen Feiertagen der Unterricht in den städtischen Volksschulklassen von den evangelischen Lehrern allein nicht versehen werden könne, sei hinfällig, da in Folge der Befreiung der katholischen Schulkinder vom Unterricht Combinirungen einzelner Klassen stattfinden können und die unterrichtliche Versorgung der hierdurch verminderten Zahl der Klassen durch die evangelischen Lehrer sehr wohl ausführbar sei. Deshalb müsse es bei der Regierungs-Verfügung bewenden.

* **[Auswanderung.]** Aus Westpreußen sind im Jahre 1886 ausgewandert 8035 Personen (4010 Männer, 4025 Frauen), davon über Bremen 4924, über Hamburg 2951, über andere Häfen, meist Stettin, 160. Nach den vereinigten Staaten von Nordamerika gingen 7843, nach britisch Nordamerika 114, nach Westindien 1, nach Brasilien 33, Argentinien 12, Chile 1, Afrika 2 und nach Australien 29. Aus Pommern wanderten 1886 aus 6264, aus Posen 6453, aus Ostpreußen 1593 Personen. Aus allen diesen Provinzen ging die weit überwiegende Mehrzahl über Bremen und Hamburg nach Nordamerika.

* **[Staatszuschuß.]** Der Handelsminister hat den der hiesigen Allg. Vereins-Fortbildungsschule seit 1874 gewährten Staatszuschuß von jährlich 300 ℳ „zunächst bis 1. April 1888“ verlängert. Von der bisherigen 3jährigen Bewilligungsdauer ist diesmal mit Rücksicht auf die schwebenden Ermittelungen betreffs der von staatlicher Seite beabsichtigten Umgestaltung des hiesigen Fortbildungsschulwesens vorläufig Abstand genommen worden.

* **[Unglücksfall.]** Der Knabe Paul Kretschmer aus Ohra spielte gestern auf dem Schulplatze daselbst. Beim Laufen strauchelte er und fiel so unglücklich, daß er einen Bruch des linken Vorderarmes erlitt.

* **[Verletzung.]** Der Klempnerlehrling Otto v. D. widersprach gestern auf dem Synagogenbau seinem Gesellen, als ihm dieser Vorwürfe machte. Letzterer gerieth hierüber dermaßen in Wuth, daß er aus dem Kohlenbecken einen heißen Löthkolben riß und D. einen Schlag damit gegen den Hinterkopf versetzte. v. D. trug eine nicht unbedeutende Wunde davon. Er mußte im Stadt-Lazareth in Behandlung genommen werden.

* **[Taubstummen-Lehrerinnen.]** Wie die „Br. Z.“ hört, hat der Minister der geistlichen &c. Angelegenheiten neuerdings die betr. Provinzialbehörden ermächtigt, künftig Lehrerinnen, welche die Prüfung für Volksschulen oder für höhere und mittlere Mädchenschulen abgelegt, sich sodann mindestens zwei Jahre mit Taubstummen-Unterricht beschäftigt und tadellos geführt haben, zu der Prüfung für Lehrer an Taubstummen-Anstalten zuzulassen.

⚭ **[Der hiesige Ortsverband der Gewerkvereine]** hielt gestern Abend im Schuhmacher-Gewerkshause eine allgemeine Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst wurde einstimmig die fernere Mitgliedschaft bei der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung genehmigt. In dem demnächst erstatteten Bericht über die zu errichtende Medizinalkasse wurde mitgetheilt, daß der königl. Polizeibehörde die bezüglichen Statuten bereits am 20. Januar d. J. zur Genehmigung überreicht, selbige bis jetzt aber noch nicht genehmigt sind, weshalb beschlossen wurde, die Polizeibehörde zu bitten, diese Angelegenheit nunmehr baldigst zu erledigen.

* **[Verbrechen gegen die Sittlichkeit.]** Gestern Abend wurde der 14jährige Ludwig B. wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit, begangen an Mädchen von 8 und 9 Jahren, verhaftet.

* **[Einbruch.]** In der vergangenen Nacht wurde mittelst gewaltsamen Einbruchs in dem Ladengeschäft des Kaufmanns G. in der Johannisgasse ein Betrag von 100 ℳ aus der Kasse gestohlen. Wahrscheinlich hat sich der Dieb am Abend vorher eingeschlichen.

[Polizeibericht vom 22. April.] Verhaftet: ein Junge, 1 Dirne wegen Diebstahls, 1 Hausknecht wegen Bedrohung, 1 Schiffsgehilfe, 2 Arbeiter, 1 Müller, 1 Dirne wegen groben Unfugs, 13 Obdachlose, 4 Bettler, 1 Betrunkener, 5 Dirnen. — Gestohlen: 1 Pfandschein über 6 silberne Eßlöffel, gez. H. H. — Gefunden: ein Tischdeckschoner, 1 Dienstbuch, 1 Hundemaulkorb, 1 Portemonnaie mit Inhalt; abzuholen von der Polizei-Direction hierselbst.

€ **Berent**, 21. April. Das hiesige **Progymnasium** hat zum Beginn des neuen Schuljahres keine Verminderung, wie es seit einiger Zeit vorkam, sondern eine Erhöhung der Schülerzahl zu vermerken. Die Secunda wird augenblicklich von 6 Schülern besucht. Seit einiger Zeit zogen es die Eltern begabter Knaben vor, dieselben nach auswärts zu geben, weil die Stellung unserer Anstalt noch immer eine unsichere ist. Hoffentlich wird der Finanzminister in Bälde seine Bedenken gegen die Zahlung eines Staatszuschusses fallen lassen, da der Cultusminister für die Zahlung eines solchen sein soll. Angesichts der von Stadt und Kreis seit Jahr und Tag für die Anstalt gebrachten großen Opfer (die Stadt giebt jährlich 4000 Mk. oder ca. 14% ihrer Gesammtausgabe, der Kreis dieselbe Summe) wäre ein Staatszuschuß gewiß angebracht, weil nicht allein hier, sondern auch in weiteren Kreisen der Wunsch besteht, schon im deutschen Interesse die Anstalt zu erhalten. Bei Gewährung eines Zuschusses würde sich die Anstalt heben und einen genügenden Wirkungskreis finden; andernfalls verliert aber der Einzelne sowohl wie die Gesammtheit den Muth zu weiteren Opfern, weil sie fürchten, dieselben werden umsonst gebracht. Die subventionirte neue höhere **deutsche Töchterschule** hat bis heute 34 Schülerinnen und sind weitere Anmeldungen in Aussicht. Dieselben werden von der Vorsteherin und zwei Lehrerinnen in 4 Klassen unterrichtet. — Gegenüber der Concurrenz des St. Marienstifts, einer bewährten Anstalt mit der Berechtigung zur Abhaltung des Lehrerinnen-Examens, ist der Anfang immerhin ein befriedigender und übersteigt die gehegten Erwartungen.

s. **Flatow**, 21. April. Vor einiger Zeit berichteten wir über einen **Vergiftungsfall**, durch den eine junge Dame ihr Leben einbüßte, während 6 andere Personen nach längerer Krankheit wieder genesen sind. Von der Leiche der ersteren, die secirt worden, sind einzelne Theile nach Berlin geschickt worden, um die Ursache der Vergiftung festzustellen. — Von den 4 Schülern, welche aus der ersten Klasse der hiesigen **Bürgerschule** zum letzten Ostertermin in höhere Lehranstalten übergegangen sind, haben je einer in der Tertia der Gymnasien zu Schneidemühl, Nakel, Dt. Krone und Pr. Stargard Aufnahme gefunden; ein Beweis, daß die Schule hier ihre Schuldigkeit an den Schülern thut.

-w- **Aus dem Kreise Stuhm**, 21. April. Der heutige **Altmarker Vieh- und Pferdemarkt** war sowohl von Verkäufern als Käufern zahlreich besucht. Unter dem Rindvieh sah man zum Haupttheil Fettvieh, welches in der Mehrzahl von den Viehhändlern aus größeren Städten des Reichs für hohe Preise angekauft wurde. Nach **Milchkühen** und Zuchtbullen zeigte sich weniger Begehr, obgleich der Markt die allgemein als gut anerkannte Oldenburger und ostfriesische Race aufzuweisen hatte. Auf dem Pferdemarkte, wo zumeist der schwere Arbeits- und leichte Wagenschlag vertreten war, Luxuspferde aber gänzlich fehlten, kam das Angebot der Nachfrage gleich, die gezahlten Preise waren jedoch im Hinblick auf die günstige Lage der gegenwärtigen hiesigen Handelsverhältnisse niedrig.

Lyck, 20. April. Ein Fischhändler hatte sich in Polen ein Pferd gekauft und dasselbe einem Manne zum Herüberschmuggeln über die Grenze gegeben. Als der Mann die Grenze passiren wollte, wurde er von einem russischen Soldaten **erschossen**. Er hinterläßt eine Frau und acht unerzogene Kinder. (K. H. Z.)

✉ **Bromberg**, 21. April. Bei Berathung des diesjährigen Etats wurde von den Stadtverordneten in der Sitzung vom 26. Februar cr. auf den Antrag des Magistrats beschlossen, zur **Unterstützung von Lehrern** 1000 ℳ in den Etat zu setzen; sie knüpften an diese Bewilligung jedoch die Bedingung, bei den zu beantragenden Unterstützungen vorher befragt zu werden. Diese bedingungsweise Bewilligung wollte der Magistrat nicht gelten lassen, weil er dies als einen Eingriff in sein Verwaltungsrecht betrachtete und **strich einfach die Summe aus dem Etat**, ohne vorher mit den Stadtverordneten eine Einigung erzielt zu haben. Der so einseitig von ihm abgeänderte Etat wurde demnächst der Regierung eingereicht. In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung kam diese Angelegenheit zur Besprechung. Der Referent, Herr Regierungs-Rath Bräsicke, wies darauf hin, daß das Vorgehen des Magistrats, weil gegen die Städteordnung verstoßend, ungesetzlich sei, — daß derselbe kein Recht hatte, eine von der Versammlung in den Etat gesetzte Summe einseitig zu streichen, ohne vorher eine Vereinbarung mit der Versammlung herbeigeführt zu haben und daß daher der der Regierung eingereichte Etat, weil derselbe nicht die Willensbestimmung beider Gemeindebehörden habe, **rechtsungiltig** sei. Nach einer recht lebhaften Debatte, bei welcher Herr Oberbürgermeister Bachmann das Vorgehen des Magistrats zu vertheidigen suchte, beschloß die Versammlung, die Angelegenheit zur event. Schlichtung einer gemischten Commission zu übergeben. Festgestellt wurde, daß der der Regierung eingereichte Etat nur vom stellvertretenden Vorsitzenden der Stadtverordneten unterschrieben ist. Derselbe erklärte, keine Ahnung von der Streichung der 1000 ℳ gehabt zu haben. — In der heutigen Sitzung wurde auch der Entwurf betreffend die **Besteuerung von Lustbarkeiten** definitiv festgestellt.

Darnach ist zu zahlen für Concerte bei einem Entrée von 50 Pf. — 3 ℳ, bei einem Entrée von über 50 ₰ bis 2 ℳ — 5 ℳ, von über 2 ℳ — 10 ℳ, von 3 ℳ ab — 15 ℳ Für Vorstellungen im Sommertheater sind an Steuer pro Vorstellung 3 ℳ zu zahlen. — Bei der heute hier stattgehabten Wahl eines **Landschaftsdirectors** für den diesseitigen Bezirk sind aus den Kreisen Bromberg und Schubin 37 Stimmen abgegeben worden, und zwar 31 für den Landschaftsrath, Rittergutsbesitzer Franke-Gondes und 6 für Rittergutsbesitzer v. Scheuk-Kamenczyn.

Vermischte Nachrichten.

* **[Auch ein Erwerbszweig.]** Nach der Annonce eines Berliner Blattes erbietet sich Jemand, in „schwierigen Ehescheidungssachen", wo es an Beweismaterial mangelt, Recherchen zur Feststellung von Thatsachen und Beweismitteln unter strengster Discretion auch nach außerhalb anzustellen!! Damit wären denn auch bei uns die Privat-Detectivs, die man in England und Nordamerika hat, eingeführt.

Detmold, 18. April. Am Mittwoch **starb** hier im Landkrankenhause der in ganz Deutschland bekannte **Fischotterjäger** Ewald Georg Waldemar **Schmidt**. Große Erfolge hatte Schmidt aufzuweisen; die amtlich festgestellte Schuß- und Fangtabelle übersteigt die Zahl 1000 bei weitem. In Ausübung seines Berufs zog sich Schmidt einen schweren Lungenkatarrh zu, welchem er trotz bester Pflege erlag. Die Dressur der Otternhunde, welche Schmidt mit Sorgfalt und Mühe leitete, war eine einzig in ihrer Art dastehende Leistung.

Wien, 18. April. **[Eine Familien-Tragödie]** spielte sich dieser Tage in der Gemeinde Mramorak im Temeser Comitat ab. Donnerstag Morgens bemerkten mehrere Fischer am Ufer eines in der Nähe der genannten Gemeinde befindlichen Teiches den gänzlich verstümmelten Leichnam des Mramoraker wohl situirten Insassen Illie Barbu. Die in Folge der erstatteten Anzeige eingeleitete Untersuchung lieferte bald die Schuldigen in die Hände des Gerichts und ergab folgenden Sachverhalt: Die Gattin des Ermordeten, namens Alexandra, deren dritter Mann der Ermordete bereits gewesen, unterhielt trotz ihrer 39 Jahre ein intimes Liebesverhältniß mit einem dortigen jungen Burschen, Gligor Bundra. Seit Monaten versuchte sie alle Mittel, den kaum 22jährigen Geliebten zur Ermordung ihres Gatten zu bewegen, und versprach demselben wiederholt ihr ganzes Vermögen und die Heirath. Auch die in äußerst dürftigen Verhältnissen lebenden Eltern ihres Geliebten weihte das entartete Weib in ihren Mordplan ein, und namentlich den Vater suchte sie durch Versprechungen für ihre blutige Absicht zu gewinnen. Da aber der zu ermordende Illie Barbu ein außerordentlich starker Mann war, wagten Vater und Sohn nicht die Mordthat allein zu verüben, sondern zogen noch den Schwager Simon Leka ins Geheimniß. Donnerstag Nachts begab sich der alte Bundra an das Fenster des noch schlafenden Illie Barbu und theilte demselben mit, daß Diebe dessen Netze und Kahn gestohlen haben. Barbu sprang sofort auf, kleidete sich an und begab sich mit dem alten Bundra zum Teiche, um bei seinen Geräthen nachzusehen. In der Nähe des Teiches wurde er von dem bereits voraus dorthin geeilten Geliebten seiner Frau, dessen Schwager Leka und dem alten Bundra meuchlings überfallen und ermordet. Da aber die beiden Rädelsführer. Vater und Sohn Bundra, den Verrath des Leka fürchteten, so erschoß auf dem Heimwege der junge Bundra seinen Schwager und versenkte dessen Leichnam mit Hilfe seines Vaters in den Teich.

Telegramme der Danziger Ztg.

(Nach Schluß der Redaction eingetroffen.)

Berlin, 22. April. (W. T.) Der dem Reichstag zugegangene Nachtragsetat beträgt 176 085 950 Mark, darunter an fortdauernden, durch Matricularbeiträge aufzubringenden Ausgaben 19 408 019, an einmaligen 156 677 931 Mk. Unter letzteren sind für Vervollständigung des Eisenbahnnetzes 36 314 000 Mk. enthalten. Außer verschiedenen Doppelgeleisen in Elsaß-Lothringen, Baiern, Baden, Württemberg, Hessen soll eine schweizerisches Gebiet umgehende Verbindung zwischen Ober-Elsaß und dem [illegible]atschen Hinterlande hergestellt werden. Für Verstärkung der Festungen werden 29½ Mill. Mark gefordert; zur Steigerung der Operations- und Schlagfertigkeit des Heeres für Preußen 45 613 190 Mk., Sachsen 3 017 457 Mk., Württemberg 2 283 221 Mk. Dieselben sind bestimmt, diejenigen nothwendigen Vervollkommnungen und Ergänzungen des Kriegsmaterials zu bewerkstelligen, welche die Militärverwaltung mit den bisherigen verfügbaren Mitteln nicht hinlänglich erreichen konnte.

London, 22. April. (Privattelegramm.) Mit großer Bestimmtheit erhält sich das Gerücht, Parnell, der Führer der Iren im Parlamente, wolle abdanken, und zwar in erster Linie wegen der von der „Times" angeregten Briefaffäre. Auch seien seine Beziehungen zu den amerikanischen Feniern in letzter Zeit gespannte geworden. Die „Times" dringt von neuem in Parnell, die Echtheit des von ihm veröffentlichten Facsimile's des Parnell'schen Briefes, in dem die Ermordung von Bourke eine verdiente genannt war, gerichtlich entscheiden zu lassen.

Schiffs-Nachrichten.

Korsör, 19. April. Der Schooner „Robert" aus Swinemünde, von Sarkjöbing nach Stralsund in Ballast, gerieth am Sonntag bei Femö auf dem Skjelle-Riff fest, wurde jedoch gestern von dem Bergungsdampfer „Helsingör" wieder ab und hier eingebracht.

Burg, a. F., 20. April. Das Schiff „Gesine", von Stade nach Stralsund mit Salz, ist bei Westermarkelsdorf gestrandet. Ein Bergungsdampfer ist zur Stelle.

C. **London**, 20. April. Ueber den Schiffbruch des englischen Postdampfers „Tasmania" wird aus Ajaccio weiter gemeldet, daß der Capitän Perrins durch den Einsturz eines Mastes getödtet ward und die übrigen zwei Offiziere von einer Woge weggeschwemmt wurden. Die übrigen Mitglieder der Mannschaft und die Passagiere sind in Ajaccio angekommen, wo sie mit Kleidungsstücken versehen wurden.

Paris, 18. April. In letzter Zeit ist wiederholt von Versuchen die Rede gewesen, um die durch Sturm erregte **Oberfläche des Meeres durch Ausgießen von Oel** in der unmittelbaren Nähe eines Schiffes zu beruhigen. Diese Versuche haben sich überall bewährt, und die Hauptschwierigkeit schien fernerhin nur in der Nothwendigkeit zu bestehen, überaus große Oelmassen an Bord mitführen zu müssen, wenn man von diesem Wellenberuhigungsmittel eine längere Zeit andauernden Gebrauch machen wollte. Neuerdings hat nun, wie die „Köln. Z." berichtet, die Compagnie Générale Transatlantique auf ihren Schiffen ein sehr einfaches Verfahren anwenden lassen, das große Erfolge bei geringem Oelverbrauch ergab. Man stopfte einfach eine Anzahl Säcke, in die kleine Löcher gestochen waren, mit Werg voll, welches vorher in Oel getränkt war. Diese Säcke warf man ins Meer, wobei man sie mit Stricken an der Seite oder am Hintertheil des Schiffes so befestigte, daß sie sich nicht weiter als 15 Meter vom Schiffe entfernen konnten und demselben folgen mußten. Das Oel löste sich nun ganz allmählich von dem Werg los und floß tropfenweise durch die Sacklöcher auf die See-Oberfläche, wodurch trotz der geringen Menge die gewünschte Wirkung erreicht wurde. Der Führer des Transatlantique-Dampfers „Dragut" berichtet, daß er dieses Mittel bei einem furchtbaren Sturm in der Nähe der Insel Wight mit vollem Erfolg angewandt habe. „Ich ließ", so sagt er in seinem Berichte, „acht Säcke aus Segelleinen voll Werg stopfen und dieses mit Olivenschmieröl sättigen. Für jeden Sack brauchte ich drei Kilogramm Werg und zehn Kilogramm Oel. Nachdem das Werg vollständig mit Oel durchsogen, ließ ich in die Säcke Löcher stechen. Dann ließ ich das Schiff halten und hing die Säcke in Abständen von etwa 5 Mtr. an der Sturmseite des Schiffes auf. Das Oel vertheilte sich rasch über das Meer und die Wellen glätteten sich, sobald sie bis auf 15 M. an das Schiff herangekommen waren. Dank dieser Vorrichtung, die ich nicht ein einziges Mal zu erneuern brauchte, blieb ich drei Stunden lang, von 8 bis 11 Uhr Morgens, vollständig vor dem Sturme geschützt." Die Compagnie Transatlantique will noch weitere Versuche anstellen lassen, und wenn diese ebenso gelingen, die geölten Wergsäcke zu einem unerläßlichen Ausrüstungsstück aller ihrer Schiffe machen. Namentlich für diejenigen Schiffe, welche Taifunen ausgesetzte Meere befahren, dürfte diese Anwendung solcher „Wellenbrecher" von äußerster Wichtigkeit sein.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin den 22. April.

		Crs. v. 21.			Crs. v. 21.
Weizen, gelb			Lombarden	134,00	135,00
April-Mai	171,50	172,70	Franzosen	379,00	379,00
Sept.-Oct.	165.50	166,00	Cred.-Actien	454,00	457,00
Roggen			Disc.-Comm.	194,60	194,10
April-Mai	123,50	123,20	Deutsche Bk.	159,70	159,50
Sept.-Oct.	127,70	128,00	Laurahütte	73,00	73,50
Petroleum pr.			Oestr. Noten	160,25	—
200 ℔			Russ. Noten	178,80	179,40
April-Mai	20,80	20,80	Warsch. kurz	178,70	179,20
Rüböl			London kurz	—	20,35⁵
April-Mai	43,60	43,70	London lang	—	20,29⁵
Sept.-Okt.	44,20	44,10	Russische 5%		
Spiritus			SW-B. g. A.	58,00	58,30
April-Mai	40,30	40,20	Danz. Privatbank	140,00	139,90
Aug.-Sept.	42,10	42,00			
4% Consols	105,90	105,90	D. Oelmühle	113,00	113,70
3½% westpr.			do. Priorit.	110,75	110,50
Pfandbr.	96,90	97,00	Mlawka St-P.	106,50	106.20
5% Rum.G.-R	94,60	94,70	do. St-A.	43,30	43,90
Ung. 4% Gldr.	81.50	81,70	Ostpr. Südb.		
II Orient-Anl	55,30	55,40	Stamm-A.	61,90	62,25
4% rus. Anl. 80	81,99	82,10	1884er Russen	95,25	95,60

Fondsbörse: geschäftslos

Hamburg, 21. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco 160,00—165,00. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 125 bis 130, russischer loco ruhig, 95,00—99,00. — Hafer und Gerste flau. — Rüböl matt, loco 41. — Spiritus unveränd., per April 24⅝ Br., per Mai-Juni 24⅝ Br., per Juli-August 26 Br., per Septbr.-Oktbr. 27¼ Br. — Kaffee lebhaft, Umsatz 9500 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 6,05 Br., 5,95 Gd., per August-Dez. 6,40 Gd. — Wetter: Schön.

Frankfurt a. M., 21. April. (Effecten-Societät.) (Schluß.) Creditactien 226¼, Franzosen 188¼, Lombarden 65, Aegypter 75,65, 4% ungar. Goldrente 81,25, 1880er Russen 81,60, Gotthardbahn 99,80, Disconto-Commandit 193,50, portug. Anleihe —. Matt.

Wien, 21. April. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 81,60, 5% österr. Papierrente 98,00, österr. Silberrente 82,60, 4% österr. Goldrente 113.20, 4% ung. Goldrente 102,05, 4% ungar. Papierrente 88,90, 1854er Loose 128,50, 1860er Loose 134,50, 1864er Loose 165,50, Creditloose 179,25, ungar. Prämienloose 120,75, Creditactien 284,00, Franzosen 236,00, Lombarden 82,75, Galizier 205,50, Lemb.-Czernowitz-Jassy-Eisenbahn 231,00, Pardubitzer 157,25, Nordwestb. 163,50, Elbthalbahn 163,00, Kronprinz-Rudolfbahn 186,50, Nordbahn 2435,00, Conv. Unionbank 213,75, Anglo-Austr. 106,25, Wiener Bankverein 94,25, ungar. Creditactien 288,25, Deutsche Plätze 62,30, Londoner Wechsel 126,85, Pariser Wechsel 50,20, Amsterdamer Wechsel 105,20, Napoleons 10,04, Dukaten 5,93, Marknoten 62,30, Russische Banknoten 1,11⅜, Silbercoupons 100, Länderbank 243,00, Tramway 233,00, Tabakactien 53,50.

Amsterdam, 21. April. Getreidemarkt. Weizen per Mai 220. **Roggen** per Mai 115—116, per Oktober 121 bis 122.

Antwerpen, 21. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen still. Hafer unbelebt. Gerste flau.

Paris, 21. April. **Bankausweis. Baarvorrath in Gold 1 188 200 000, Baarvorrath in Silber 1 152 200 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen** 570 400 000, Notenumlauf 2 749 8 00 000, **Laufende Rechnungen der Privaten** 354 700 000, **Guthaben des Staatsschatzes** 209 600 000, **Gesammt-Vorschüsse** 279 600 000, **Zins- und Discont-Erträgnisse** 8 169 000. **Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath** 83,13.

Antwerpen, 21 April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 15¼ bez., 15⅜ Br., per Mai 15⅛ Br., per Juli 15¼ Br., per Sept.-Dez. 16 Br. Weichend.

Paris, 21. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behpt., per April 24,30, per Mai 24,50, per Mai-August 24,90, per Juli-August 25,10. — Roggen behpt., per April 15,50, per Juli-August 15,60. — Mehl fest, per April 53,80, per Mai 54,10, per Mai-August 54,50, per Juli-August 54,75. — Rüböl behpt., per April 49,50, per Mai 50,00, per Mai-August 51,00, per Sept.-Dez. 52,00. — Spiritus behpt., per April 41,25, per Mai 41,50, per Mai-August 41,75, per Sept.-Dezbr. 40,75. — Wetter: Schön.

Newyork, 21. April. Wechsel auf London 4.86. Rother Weizen loco 0,93½, per April 0,92½, per Mai 0,92½, per September 0,91⅝. Mehl loco 3,50. Mais 0,49½. Fracht 1½ d. Zucker (Fair refining Muscovados) 4⁹⁄₁₆.

(Fortsetzung auf der 4. Seite.)

Meteorologische Depesche vom 22. April.

Morgens 8 Uhr.
Original-Telegramm der Danziger Zeitung.

Stationen.	Barometer auf 0 Gr. u. Meeresspieg. red. in Millim.	Wind.		Wetter.	Temperatur in Celsius-Graden.	Bemerkung.
Mullaghmore	745	SW	3	wolkig	9	
Aberdeen	743	SW	2	wolkig	9	
Christiansund	753	WNW	4	bedeckt	1	
Kopenhagen	757	S	2	bedeckt	5	
Stockholm	754	WNW	4	wolkenlos	2	
Haparanda	743	still	—	halb bed.	—4	
Petersburg	748	SW	2	wolkenlos	—2	
Moskau	751	NW	1	Schnee	-1	
Cork, Queenstown	749	SW	5	wolkig	10	
Brest	756	SSW	5	Regen	10	
Helder	752	S	2	Nebel	7	
Sylt	752	SSO	4	bedeckt	4	
Hamburg	754	SO	2	wolkenlos	6	
Swinemünde	758	SSO	4	halb bed.	6	1)
Neufahrwasser	760	WSW	1	halb bed.	4	
Memel	759	WSW	4	wolkenlos	4	
Paris	757	S	1	wolkenlos	5	
Münster	754	SW	4	Dunst	6	
Karlsruhe	756	SW	3	Dunst	9	
Wiesbaden	756	still	—	wolkenlos	8	2)
München	757	O	3	heiter	7	
Chemnitz	757	SO	2	wolkenlos	8	3)
Berlin	758	SO	3	wolkig	6	4)
Wien	761	still	—	wolkenlos	4	
Breslau	761	SO	4	wolkenlos	1	5)
Ile d'Aix	760	WNW	4	wolkig	10	
Nizza	756	still	—	bedeckt	10	
Triest	760	still	—	bedeckt	12	

1) Reif. 2) Thau. 3) Thau 4) Thau. 5) Reif.

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Das Minimum im Nordwesten hat seinen Wirkungskreis über das ganze Nordseegebiet ausgebreitet, während das Maximum sich nach Südosten verlegt hat. Bei schwacher, meist südöstlicher bis südwestlicher Luftströmung ist das Wetter über Central-Europa heiter und trocken. Die Temperatur liegt in ganz Deutschland noch unter der normalen, in Ostdeutschland haben fast überall Nachtfröste stattgefunden. In Oesterreich-Ungarn ist die Temperatur erheblich herabgegangen. Ueber Großbritannien haben wieder ausgedehnte und ergiebige Regenfälle stattgefunden.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen.

April.	Stunde.	Barometer-Stand in Millimetern.	Thermometer Celsius.	Wind und Wetter.
21	4	757,9	4,1	N., steif, hell u. wolkig
22	8	760,9	3,9	SW., lebh., hell u. heiter.
	12	759,1	9,7	S., frisch, bewölkt.

Berliner Fondsbörse vom 21. April.

Aus dem Abendverkehr der auswärtigen Plätze lagen durchweg feste Tendenzmeldungen vor. Da ferner die heute eintreffenden Berichte günstig blieben, so eröffnete unsere Börse insofern in freundlicherer Disposition, als sich die Course der der Speculation dienenden Effecten zum Theil etwas über ihren letzten Stand heben. Dabei war jedoch das Geschäft wiederum von ausserordentlich geringfügigem Umfang und erreichte nur in einigen wenigen Papieren, für deren Bevorzugung besondere sachliche Gründe vorliegen sollten, nennenswerthe Ausdehnung. Auf dem Cassamarkt, auf welchem gleichfalls Festigkeit dominirte, ging es zwar etwas lebhafter zu, aber im Allgemeinen erreichten die Umsätze auch hier nur bescheidene Ausdehnung. Bankactien lagen sehr ruhig. Inländische Eisenbahnactien hatten nur stillen Verkehr bei unwesentlichen Coursänderungen. Ausländische Eisenbahnactien tendenzirten recht fest, stellten sich theilweise auch höher, gingen aber nur in kleinen Beträgen um. Eine Ausnahmestellung zeigten Montanwerthe, die lustlos und schwach waren. Andere Industriepapiere vorwiegend fest und theilweise lebhafter umgesetzt. Fremde Fonds fesselten die Aufmerksamkeit in höherem Grade und erfuhren zumeist kleine Courssteigerungen. Preussische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe etc. verkehrten bei regelmässigen Umsätzen in fester Haltung. Der Privatdiscont wurde mit 2 Proc. notirt.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anl.	4	105,90
Konsolidirte Anleihe	4	105,90
do. do.	3½	98,90
Staats-Schuldscheine	3½	99,90
Ostpreuss. Prov.-Obl.	4	102,75
Westpr. Prov.-Oblig.	4	102,75
Landsch. Centr. Pfdbr.	4	102,20
Ostpreuss. Pfandbr.	3½	97,00
Pommersche Pfandbr.	3½	97,00
do. do.	4	—
Posensche neue do.	4	101,40
Westpreuss. Pfandbr.	3½	97,00
Pomm. Rentenbriefe	4	103,75
Posensche do.	4	103,75
Preussische do.	4	103,75

Ausländische Fonds.

Oesterr. Goldrente	4	91,00
Oesterr. Pap.-Rente	5	65,20
do. Silber-Rente	4⅕	66,10
Ungar. Eisenb.-Anl.	5	100,80
do. Papierrente	5	71,25
do. Goldrente	4	81,70
Ung.-Ost.-Pr. I. Em.	5	78,90
Russ.-Engl. Anl. 1870	5	99,00
do. do. Anl. 1871	5	95.30
do. do. Anl. 1872	5	95,30
do. do. Anl. 1873	5	95,30
do. do. Anl. 1875	4½	89,60
do. do. Anl. 1877	5	98,70
do. do. Anl. 1880	4	82,10
do. Rente 1883	6	108,90
do. do. 1884	5	95,60
Russ. II. Orient-Anl.	5	55,35
do. III. Orient-Anl.	5	55,00
do. Stiegl. 5. Anl.	5	—
do. do. 6. Anl.	5	89,60
Russ.-Pol. Schatz-Ob.	4	91,10
Poln. Liquidat.-Pfd.	4	52,25
Italienische Rente	5	98,40
Rumänische Anleihe	8	—
do. do.	6	105,80
do. v. 1881	5	101,50
Türk. Anleihe v. 1866	1	14,00

Hypotheken-Pfandbriefe.

Pomm. Hyp.-Pfandbr.	5	113,75
II. u. IV. Em.	5	108,50
II. Em.	4½	105,00
Pomm. Hyp.-A.-B.	4	99,50
Pr. Bod.-Cred.-A.-Bk.	4½	114,10
Pr. Central-Bod.-Cred.	5	—
do. do. do. do.	4½	110,80
do. do. do. do.	4	101,90
Pr. Hyp.-Actien-Bk.	4½	115,50
do. do.	5	110,90
do. do.	4	101,30
Pr. Hyp.-V.-A.-G.-C.	4½	102,60
do. do. do.	4	101,60
do. do. do.	3½	98,40
Stett. Nat.-Hypoth.	5	103,25
do. do.	4½	104,00
do. do.	4	100,70
Poln. landschaftl.	5	56,70
Russ. Bod.-Cred.-Pfd.	5	90,70
Russ. Central- do.	5	83,20

Lotterie-Anleihen.

Bad. Präm.-Anl. 1867	4	135,90
Baier. Präm.-Anleihe	4	136,20
Braunschw. Pr.-Anl.	—	94,40
Goth. Präm.-Pfandbr.	5	105,75
Hamburg. 50tlr. Loose	3	199,70
Köln-Mind. Pr.-S.	3½	131,75
Lübecker Präm.-Anl.	3½	191,80
Oester. Loose 1854	4	110,75
do. Cred.-L. v. 1858	—	295,50
do. Loose v. 1860	5	113,60
do. do. 1864	—	275,00
Oldenburger Loose	3	158,00
Pr. Präm.-Anl. 1855	3½	154,50
Raab Graz. 100T. Loose	4	97,00
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	140,10
do. do. v. 1866	5	130,50
Ung. Loose	—	210,50

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

		Div. 1886.
Aachen-Mastrich	51,00	—
Berl.-Dresd.	23,25	—
Mainz-Ludwigshafen	98,00	3½
Marienbg-Mlawka St-A	43,90	—
do. do. St.-Pr.	106,25	—
Nordhausen-Erfurt	34,50	—
do. St.-Pr.	105,20	3¼
Ostpreuss. Südbahn	62,25	—
do. St.-Pr.	104,75	—
Saal-Bahn St.-Pr.	44,50	—
do. St.-A.	101,75	3¼
Stargard-Posen	104,00	4½
Weimar-Gera gar.	26,75	—
do. St.-Pr.	88,10	—
Galizier	82,80	—
Gotthardbahn	104,10	—

(† Zinsen v. Staate gar.)		Div. 1886.
†Kronpr.-Rud.-Bahn	75,00	—
Lüttich-Limburg	8,60	—
Oesterr.-Franz. St.	—	—
† do. Nordwestbahn	—	—
do. Lit. B.	276,50	—
†Reichenb.-Pardub.	63,10	—
†Russ. Staatsbahnen	125,25	—
Schweiz. Unionb.	86,40	—
do. Westb.	29,20	—
Südösterr. Lombard	135,75	—
Warschau-Wien	281,60	—

Ausländische Prioritäts-Actien.

Gotthard-Bahn	5	—
†Kasch.-Oderb. gar. s.	5	80,50
do. do. Gold Pr.	5	103,20
†Kronpr.-Rud.-Bahn	4	73,90
†Oesterr.-Fr.-Staatsb.	3	408,60
†Oesterr. Nordwestb.	5	84,90
do. Elbthalb.	5	82,20
†Südösterr. B. Lomb.	3	307,70
†Südösterr. 5% Obl.	5	103,40
†Ungar. Nordostbahn	5	79,50
†Ungar. do. Gold-Pr.	5	102,60
Brest-Grajewo	5	91,80
†Charkow-Azow rtl.	5	98,60
†Kursk-Charkow	4	98,20
†Kursk-Kiew	5	101,20
†Mosko-Rjäsan	4	95,25
†Mosko-Smolensk	5	98,75
Rybinsk-Bologoye	5	89,50
†Rjäsan-Koslow	4	93,00
†Warschau-Terespol	5	98,40

Bank- und Industrie-Actien.

		Div. 1886.
Berliner Kassen-Ver.	119,50	4¼
Berliner Handelsges.	155,00	9
Berl. Prod. u. Hand.-A.	89,80	4½
Bremer Bank	99,60	2⅔
Bresl. Discontobank	90,50	5
Danziger Privatbank	139,90	10
Darmstädter Bank	138,00	7
Deutsche Genoss.-B.	132,00	6⅔
Deutsche Bank	159,50	—
Deutsche Eff. u. W.	120,00	8
Deutsche Reichsbank	136,90	5,29
Deutsche Hypoth.-B.	100,60	5
Disconto-Command.	194,90	10
Gothaer Grundcr.-B.	59,50	—
Hamb. Commerz.-Bk.	122,00	6½
Hannöversche Bank	117,50	5
Königsb. Ver.-Bank	—	6
Lübecker Comm.-Bk.	79,40	—
Magdeb. Privat-Bank	116,50	4⁷⁄₁₀
Meininger Hypoth.-B.	95,00	4¾
Norddeutsche Bank	143,75	7
Oesterr. Credit-Anst.	—	8,12
Pomm. Hyp.-Act.-Bk.	57,75	—
Posener Prov.-Bank	115,50	5¼
Preuss. Boden-Credit.	105,60	5½
Pr. Centr.-Bod.-Cred.	134,10	—
Schaffhaus. Bankver.	88,25	4
Schles. Bankverein	105,90	—
Südd. Bod.-Credit-Bk.	140,75	6½
Actien der Colonia	8000	60
Leipz. Feuer-Vers.	—	—
Bauverein Passage	65,00	2½
Deutsche Bauges.	89,25	—
A. B. Omnibusges.	170,25	10
Gr. Berl. Pferdebahn	282,25	11½
Berl. Pappen-Fabrik	92,00	—
Wilhelmshütte	102,00	—
Oberschl. Eisenb.-B.	—	—
Danziger Oelmühle	113,75	—
do. Prioritäts-Act.	110,50	—

Berg- u. Hüttengesellsch.

		Div. 1886.
Dortm. Union-Bgb.	—	—
Königs- u. Laurahütte	73,50	—
Stolberg, Zink	34,00	—
do. St.-Pr.	104,80	—
Victoria-Hütte	—	—

Wechsel-Cours v. 21. April.

Amsterdam	8 Tg.	2½	168.80
do.	2 Mon.	2½	168.20
London	8 Tg.	2½	20,355
do.	3 Mon.	2½	20,295
Paris	8 Tg.	3	80,60
Brüssel	8 Tg.	2½	80,45
do.	2 Mon.	2½	80,20
Wien	8 Tg.	4	160,25
do.	2 Mon.	4	159,45
Petersburg	3 Wch.	5	178,90
do.	3 Mon.	5	178,15
Warschau	8 Tg.	5	179,20

Sorten.

Dukaten	—
Sovereigns	20,32
20-Francs-St.	16,18
Imperials per 500 Gr.	—
Dollar	—
Engl. Banknoten	—
Franz. Banknoten	80,65
Oesterreich. Banknoten	160,45
do. Silbergulden	—
Russische Banknoten	179,40

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Paris, 21. April. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 84,40, 3% Rente 80,90, 4½% Anleihe 109,75, italienische 5% Rente 98,25, Oesterr. Goldrente 90¼, ungarische 4% Goldrente 81⅝, 5% Russen de 1877 100,00, Franzosen 475,00, Lombardische Eisenbahnactien 183,75, Lombardische Prioritäten 307, Convert. Türken 13,82½, Türkenloose 32, Credit mobilier 285,00, 4% Spanier 64¾, Banque ottomane 510, Credit foncier 1370, 4% Aegypter 383,00, Suez-Actien 2023,00, Banque de Paris 727, Banque d'escompte 467,00, Wechsel auf London 25,25, 5% privil. türkische Obligationen 346,25, Panama-Actien 407.

London, 21. April. Bankausweis. Totalreserve 15 672 000, Notenumlauf 24 415 000, Baarvorrath 24 337 000, Portefeuille 18 847 000, Guthaben der Privaten 24 787 000, Guthaben des Staats 6307 000, Notenreserve 14 268 000, Regierungssicherheit 14 435 000 Lstr. Procentverhältniß der Reserve zu den Passiven 50¾ wie in der Vorwoche.

London, 21. April. Consols 102⅛, 4proc. preußische Consols 105, 5procentige italienische Rente 97½, Lombarden 7¼, 5% Russen de 1871 93⅞, 5% Russen de 1872 93, 5% Russen de 1873 95¼, Convert. Türken 13¾, 4% fund. Amerik. 122½, Oesterr. Silberrente 66, Oesterr. Goldrente 89, 4% ungar. Goldrente 81, 4% Spanier 64⅛, 5% privil. Aegypter 96⅝, 4% unif. Aegypter 76⅝, 3% garant. Aegypter 100, Ottomanbank 10⅛, Suezactien 80⅝, Canada-Pacific 66. Platzdiscont 1⅝ %. — Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,50, Wien 12,84, Paris 25,45, Petersburg 20⅛.

London, 21. April. An der Küste angeboten 2 Weizenladungen. — Wetter: Bewölkt.

Glasgow, 21. April. Roheisen (Schluß.) Mixed numbers warrants 40 sh. 7 d.

Newyork, 20. April. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95¼, Wechsel auf London 4,85¾, Cable Transfers 4,87¾, Wechsel auf Paris 5,21¼, 4% fund. Anleihe von 1877 129⅝, Erie-Bahn-Actien 35, Newyorker Centralb.-Actien 113¼, Chicago-North-Western-Actien 119⅝, Lake-Shore-Actien 95⅞, Central-Pacific-Actien 41¼, Northern Pacific-Preferred-Actien 62⅜, Louisville u. Nashville-Actien 69¼, Union-Pacific-Actien 61⅝, Chicago-Milw. u. St. Paul-Actien 93⅝, Reading und Philadelphia-Actien 46⅛, Wabash-Preferred-Actien 36⅝, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 64⅝, Illinois-Centralbahn-Actien 135½, Erie-Second-Bonds 102⅛ — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10⅝, do. in New-Orleans 10⅛, raffin. Petroleum 70 %. Abel Test in Newyork 6⅝ Gd., do. in Philadelphia 6⅝ Gd., rohes Petroleum in Newyork — D. 6 C. do. Pipe line Certificats — D. 62⅞ C. Zucker (Fair refining Muscovados) 4⅜. — Kaffee (Fair Rio-) 16. — Schmalz (Wilcox) 7,72, do. Fairbanks 7,55, do. Rohe und Brothers 7,60. — Speck 8½. — Getreidefracht 2.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 22. April.

Weizen loco etwas mehr Kauflust zu gedrückten Preisen, per Tonne von 1000 Kilogr

feinglasig u. weiß	126—133Ø	147—160 M. Br.	145-162 M. bez.
hochbunt	126—133Ø	147—160 M. Br.	
hellbunt	125—133Ø	146—157 M. Br.	
bunt	126—130Ø	144—153 M. Br.	
roth	126—130Ø	150—160 M. Br.	
ordinär	122—130Ø	130—141 M. Br.	

Regulirungspreis 126Ø bunt lieferbar 146 M.

Auf Lieferung 126Ø bunt per April-Mai 146 M. Br., 145½ M. Gd., per Mai-Juni 146 M. Br., 145½ M. Gd., per Juni-Juli 146½ M. bez., per Sept-Okt. 147 M. bez.

Roggen loco fast geschäftslos, per Tonne von 1000 Kilogr.
grobkörnig per 120Ø 110 M.

Regulirungspreis 120Ø lieferbar inländischer 111 M., unterpoln. 90 M., transit 89 M.

Auf Lieferung per April-Mai inländ. 111 M. bez., trans. 90 M. Br., 89½ M. Gd., per Sept.-Okt. inländ. 115 M. Br., 114½ M. Gd., do. trans. 94 M. bez.

Kleesaat per 100 Kilogr. weiß 56—60 M., roth 60—64 M.
Kleie per 50 Kilogr. 3,00—3,60 M.
Spiritus per 10 000 % Liter loco 38,75—39,00 M. bez.
Rohzucker fest, Basis 88° Rendement incl. Sack ab Lager transit 11,40—11,50 M. bez., per 50 Kilogr.

Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 22 April.

Getreidebörse. (H. v. Morstein.) Wetter: Klar und heiter. Wind: SO.

Weizen. Inländische Waare zwar wenig angeboten, es fehlte aber auch Kauflust und sind Sommerweizen eher etwas billiger verkauft. Für Transitweizen etwas mehr Kauflust, aber nur zu gedrückten Preisen. Bezahlt wurde für inländischen hellbunt 128Ø 158 M., hochbunt 130/1Ø 162 M., Sommer- 131/2Ø 160½ M., milde 132/3Ø 158 M. per Tonne. Für polnischen zum Transit bunt leicht bezogen 129Ø 145 M., gutbunt 127/8Ø 145½ M., hellbunt 129Ø 146½, 147 M., fein hellbunt 131Ø 147 M., hochbunt glasig 130Ø 147½ M. per Tonne. Termine April-Mai 146 M. bez., Mai-Juni 146 M. Br., 145½ M. Gd., Juni-Juli 146½ M. bez., Septbr.-Oktb. 147 M. bez. Regulirungspreis 146 M.

Roggen ist nur eine Parthie inländischer 128Ø 110 M. per 120Ø per Tonne gehandelt. Termine April-Mai inländ. 111 M. bez., transit 90 M. Br., 89½ M. Gd., Septbr.-Okt. inländ. 115 M. Br., 114½ M. Gd., transit 94 M. bez. Regulirungspreis inländisch 111 M., unterpolnisch 90 M., transit 89 M.

Gerste, Hafer und Erbsen ohne Handel. — **Pferdebohnen** galizische und polnische zum Transit 108, 109, 111 M. per Tonne bezahlt. — **Kleesaaten** weiß 28, 30 M., roth 30, 32 M. per 50 Kilo gehandelt. — **Weizenkleie** grobe 3,60, mittel- 3,45, feine 3 M. per 50 Kilo bez. — **Spiritus** loco 38,75, 39 M. bezahlt.

Produktenmärkte.

Königsberg, 21. April (v. Portatius u. Grothe.) Weizen per 1000 Kilo hochbunter 128Ø 161,25, 129Ø 164,75 M., bunter 130Ø 160 M., rother 126Ø 158,75, 129Ø 161,25, 130Ø 162,25 M. bez. — Roggen per 1000 Kilo inländischer 128Ø 115 M., russischer ab Bahn 126Ø 92 M., 127Ø 93 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo große 92,75, 100, 102,75, 105,75 M. bez. — Hafer per 1000 Kilo 80, 90, 93, russ. schwarz 67, 68 M. bez. — Erbsen per 1000 Kilo weiße russ. 95,50 M., graue 100 M., grüne 97,75, 100 M. bez. — Bohnen per 1000 Kilo 115,50, 116, 116,50, russ. weiß in Auction 86 M. — Wicken per 1000 Kilo 84,50 M. bez. — Buchweizen per 1000 Kilo russ. 87 M. bez. — Spiritus per 10 000 Liter % ohne Faß loco 41 M. Gd., per April 40¾ M. Gd., per Frühjahr 40¾ M. Gd., per Mai-Juni 40¾ M. Gd., per Juni 41¼ M. Gd., per Juli 41¾ M. Gd., per August 42 M. Gd., per Sept. 42½ M. Gd. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 21. April. Getreidemarkt. Weizen fester, loco 162—167, per April-Mai 168,00, per Juni-Juli 169,50. — Roggen fester, loco 117—119, per April-Mai 119,50, per Juni-Juli 121,50. — Rüböl ruhig, per April-Mai 44,00, per Sept.-Oktbr. 44,50 — Spiritus ruhig, loco 39,20, per April-Mai 39,40, per Juni-Juli 40,20, per August-Septbr. 41,60. — Petroleum loco 10,50

Berlin, 21. April. Weizen loco 158—175 M., per April-Mai 172½—173—172¾ M., per Mai-Juni 172½—172¾—172½ M., per Juni-Juli 172½—172¾ bis 172½ M., per Juli-August 166—166¾—166¼ M., per Sept.-Oktbr. 165½—166—165¾ M. — Roggen loco 120—125 M., hier stehende Ladung guter inländ. 123 M., per April-Mai 123—123½—123¼ M., per Mai-Juni 123¼—123½ M., per Juni-Juli 124¼—124¾ M., per Juli-August 125¼ bis 125¾ M., per Sept.-Okt. 127½ bis 128 M. — Hafer loco 94—132 M., ost- und westpreußischer 110—117 M., pommerscher und uckermärkischer 112—118 M., schlesischer und böhmischer 110—117 M., feiner schlesischer, preußischer und pommerscher 119—128 M., per April-Mai 93 M. nominell, per Mai-Juni 94—93¾ M., per Juni-Juli 97—96¾ M., per Juli-August 99—98¾ M., per Septbr.-Oktober 103¼ M. — Gerste loco 105—190 M. — Mais loco 100—114 M., per April-Mai 102 M., per Mai-Juni 102½ M., per Sept.-Oktbr. 104½ M., per Okt.-Novbr. 105½ M. — Kartoffelmehl loco 16,50 M., per April-Mai 16,40 M., per Sept.-Okt. 17,10 M. — Trockene Kartoffelstärke loco 16,50 M., per April-Mai 16,40 M., per Sept.-Okt. 17,10 M. — Feuchte Kartoffelstärke per April-Mai 8,40 M. — Erbsen loco Futterwaare 115—125 M., Kochwaare 140—200 M. — Weizenmehl Nr. 00 23,00—21,50 M., Nr. 0 21,00—19,50 M. — Roggenmehl Nr. 0 18,50—17,50 M., Nr. 0 und 1 17,00—16,00 M., ff Marken 19,10 M., per April 16,90 M. nom., per April-Mai 16,90 M. nom., per Mai-Juni 16,95 M., per Juni-Juli 17,15 M., per Juli-Aug. 17,30 M., per Sept-Oktbr. 17,50 M. — Rüböl loco ohne Faß 42,6 M., per April-Mai 43,7 M., per Mai-Juni 43,7 M., per Sept.-Okt. 44,1 M. — Petroleum per Septbr.-Oktbr. 21,4 M. — Spiritus loco ohne Faß 40,1 M., per April 39,9—39,8—40,2 M., per April-Mai 39,9—39,8—40,2 M., per Mai-Juni 39,9—39,8—40,2 M., per Juni-Juli 40,5—40,4—40,7 M., per Juli-August 41,1—41—41,3 M., per August-Septbr. 42—41,8—41 M., per Sept.-Okt. 42,5—42,4—42,7 M.

Magdeburg, 21. April. Zuckerbericht. Kornzucker excl., von 96 % 21,60 M., Kornzucker, excl., 88° Rendem. 20,50 M. Nachproducte, excl., 75° Rendem. 18,00 M. Fest. Gem. Raffinade mit Faß 26,00 M., gem. Melis I. mit Faß 25,25 M. Fest. Rohzucker I. Product Transito f. a. B. Hamburg per April 11,80 M. bez u. Br., per Mai 11,80 M. bez., per Juni-Juli 11,95 M. bez. u. Br. Stetig.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 21. April. Wind: N.

Angekommen: Urania, Geyken, Vegesack, Coaks. — Biene (SD.), Jantzen, Kopenhagen, leer. — Ferdinand, Petrie, Faroe, Kalksteine.

Gesegelt: Emma (SD.), Wunderlich, Rotterdam, Holz und Güter. — Reserven (SD.), Barfoed, Kopenhagen, Güter. — Ferdinand (SD.), Lage, Königsberg, Theilladung Güter.

Dampfer „Lion", Capt. Egidiusen, retournirte den 21. wegen Sturm und trat am 22., Morgens, die Reise wieder an.

22. April. Wind: WSW.

Gesegelt: Oliva (SD.), Domke, Königsberg, leer. — Auguste Jeanette, Jürgens, Grimsby, Holz. — Franziska (SD.), Krützfeldt, Kiel, Sprit und Holz. — Alsen, Holtz, Newport, Holz.

Im Ankommen: 1 Schooner, 1 Galeas.

Plehnendorfer Canal-Liste.

21. April.
Schiffsgefäße.
Stromauf:

Thorandt, Danzig, 63,55 T Güter, Ordre, Warschau.
Wedell, Danzig, 70 T Roheisen, Ordre, Warschau.
Paruszewski, Danzig, 120 T. Roheisen, Ordre, Warschau.
Wildies, Danzig, 100 T. Zucker, Ordre, Tapiau.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Druck und Verlag v. A. W. Kafemann in Danzig.

Beilage zu Nr. 16419 der Danziger Zeitung.

Freitag, 22. April 1887.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Fürst Bismarck: Die Vorlage, welche uns beschäftigt, ist in der Presse und hier im Hause in diametral entgegengesetzter Richtung von verschiedenen Seiten angegriffen worden. Den Einen ging sie nicht weit genug, den Anderen ging sie zu weit. Hr. Richter findet, daß die Vorlage in den Concessionen, auf welche die katholische Kirche Anspruch hat, nicht weit genug gehe: er ist also seinerseits katholischer als der Papst. (Heiterkeit.) Dem Papste ging sie weit genug. Ich weiß nun nicht, ob Hr. Richter bei dieser Darlegung als unabhängiges Parteihaupt oder ob er unter der Einwirkung seines auf Wahleinflüssen beruhenden Lehnsverhältnisses zu einem Theil des Centrums gesprochen hat (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.) Daß Hr. Richter das Mundstück für Aeußerungen ist, die man von Seiten der Centrumsabgeordneten, die ihm Bravo zuriefen, als er sich setzte, dem Papste gegenüber nicht hat selbst in den Mund nehmen wollen, das wird mir dadurch wahrscheinlich, daß ich einen großen Theil dessen, was Hr. Richter gesagt hat, schon vorher in der „Köln. Volkszeitung", im „Westfälischen Merkur" und anderen Blättern dieser Richtung gelesen zu haben glaube. (Heiterkeit. — Sehr gut! rechts.) Ich habe Hrn. Richters Selbständigkeit früher höher taxirt. Ich glaube aber, daß er die Absichten seiner kirchlichen verschämten Auftraggeber doch nicht richtig versteht, wenn er sich so bitter darüber ausläßt, daß der Einspruch der Staatsbehörde gegen die Ernennung von Geistlichen wesentlich aus politischen Motiven entnommen werden sollte. Aus welchen soll er denn sonst entnommen werden? Etwa aus dogmatischen? Soll denn der Staat sich zum Glaubensrichter machen über die Geistlichkeit? Also der Hr. Richter hat noch nicht die hinreichenden Weihen empfangen (Heiterkeit rechts), um clerical-demokratische Interessen hier mit Sicherheit zu vertreten. Der Abg. Richter hat in einer Anwandlung von ihm sonst nicht eigener nationaler Entrüstung (Heiterkeit rechts) sich darüber ausgesprochen, daß wir einen Ausländer zur Hilfe gerufen hätten in deutschen Angelegenheiten; er hat gesagt, so etwas würde in England, in Frankreich nicht vorkommen. Der Hr. Abgeordnete muß kaum so viel Zeitungen lesen, als er selbst schreibt oder schreiben läßt (Heiterkeit rechts); sonst würde er doch wissen, daß in der französischen Politik die Frage der Haltung Rußlands eine ganz bedeutende Rolle spielt, und daß selbst in den nationalsten russischen Blättern die Frage, was Frankreich thut, und ob Frankreich Freund oder Feind einer gewissen Richtung der Politik sein wird, eine hervorragende Rolle spielt. Ich würde mich nie bedacht haben, den Beistand eines Ausländers, wie der Vorredner den Papst nannte, in unseren deutschen Angelegenheiten da zu acceptiren, zu erbitten, wo ich glaube, daß er für unsere deutschen Interessen nützlich ist. Wenn der Vorredner den Papst als Ausländer bezeichnet, so ist er wieder nicht der getreue Mandatar seiner katholischen Vollmachtgeber. Von dem paritätischen Standpunkt, den ich als Vertreter der Regierung innehalten muß, gebe ich zu, daß das Papstthum weil es eine weltallgemeine Institution ist, auch eine deutsche für die deutschen Katholiken ist — also auch da fällt Herr Richter durch das theologische Examen. (Heiterkeit.) Wenn dieser Ausländer unser Freund ist, so ist seine Unterstützung mir jedenfalls willkommen. Der Abgeordnete hat sich darüber beschwert, daß durch preußische Landräthe die Jacobinischen Noten ausdrücklich und amtlich mitgetheilt wurden. Diese Veröffentlichungen sind von der Regierung angeordnet, und die Anordnung ist von mir angeregt worden, weil ich fand, daß die katholischen Wähler über den Inhalt der Jacobinischen Noten in einer so schamlosen Weise belogen wurden (Unruhe). Die Regierung hatte die ehrenvolle Aufgabe, die Wahrheit gegen die Lüge zu vertreten. (Bravo! rechts.) Wenn Hr. Richter irgend eine Autorität über sich anerkennte, so würde ich sicher diese um Beistand anrufen gegen die subversiven Angriffe, die seine Fraction (Oho! links) gegen das Bestehen unseres Reiches richtet. Aber eine solche Autorität besteht nicht. Der Herr Abgeordnete hat von Wahlkunststücken gesprochen. Nun, er will sich gar nicht mit der Thatsache befreunden, daß das ihm unerwünschte Resultat der jüngsten Wahlen gar keinen anderen Grund hat, als die nationale Entrüstung, die sich der Deutschen bemächtigt hat über die Haltung der fortschrittlichen Opposition. (Bravo! rechts.) Wenn der Abgeordnete meint, daß ich Furcht vor Majoritäten habe, so habe ich allerdings Furcht, aber ich fürchte nicht die Majorität, sondern die Schädigung des Landes durch eine landesfeindliche und gewissenlose Majorität. (Bravo! rechts.) Der Abgeordnete hat als Grund, warum ich nach einer Majorität strebte, meinen Wunsch, im Amte zu verbleiben, angeführt. Nachdem ich 25 Jahre dies Vergnügen genossen habe, glaube ich doch in meinem dreiundsiebzigsten Jahre des Verdachts überhoben sein zu können, daß die Frage irgendwie auf mich einwirkt. Das berührt mich nicht und ist bloß ein Beweis des üblen Willens und der Neigung, mir unwürdige Motive unterzuschieben, die ja den Hrn. Richter charakterisiren. Es wird das auch Niemandem etwas Neues sein. (Heiterkeit rechts.) Aber ich habe heute eigentlich kein Bedürfniß, die geringen Kräfte, über die ich verfüge, an den Hrn. Richter zu verwenden. Ich kam hierher in der Absicht, diejenigen Mitglieder des Hauses, welche ich Freunde der Regierung nennen kann, davor zu warnen, daß Sie durch ihr Verhalten die jetzige Vorlage zu Fall bringen. Ich bin überzeugt, daß alle Mitglieder der nationalen Parteien mit mir darüber einig sind, daß wir unseren katholischen Mitbürgern diejenigen Concessionen, die wir ohne Schaden für den Staat machen können, auch machen sollen. Wir können nur in Meinungsverschiedenheit sein über die Grenze für die Bewilligung des Staats. Die Regierung ist nun der Meinung, daß diese Grenze durch die Vorlage, wie sie aus dem Herrenhause kommt, nicht überschritten wird. Wenn Sie diese Vorlage zu Fall bringen, oder, wie wir aus den Aeußerungen des Abg. Windthorst entnehmen können, auch nur amendiren und sie durch die Veränderung zu Fall bringen, so zerstören Sie der Regierung die Frucht einer langjährigen, mühsamen Arbeit. Abg. Gneist hat in seiner wissenschaftlichen Weise die Gefahren entwickelt, die bei Annahme der jetzigen Vorlage für den Staat erwachsen würden. Ich halte das Bild, das er entworfen hat, für übertrieben, und er wird mir darin Recht geben müssen, daß wir vor dem Jahre 1871 unter Zuständen gelebt haben, bei denen die katholische Kirche mindestens alle diejenigen Rechte hatte, die ihr heute gewährt werden sollen (Sehr richtig!), ohne daß wir, die Evangelischen, glaubten, dadurch zu kurz zu kommen (Sehr gut!), und ohne daß der Staat seine Aufgabe nicht hätte lösen können. Hr. Gneist hat zwar die Verantwortlichkeit auf sich und seine politischen Freunde genommen, aber was hilft mir das? Wenn die Uebel eintreten, kann ich mich nicht an die Herren halten. (Sehr gut! rechts.) Meine ganze Stellung zur Sache von Anfang an ist nur eine politische gewesen, keine dogmatische. Es ist ein landläufiges Mißverständniß, daß unser ganze Kirchenstreit sich an das vaticanische Concilium und den Beschluß der Unfehlbarkeit geknüpft habe. Ich habe gerade dieses Mißverständniß durch die von mir angeordnete Veröffentlichung verschiedener Depeschen zu beseitigen gesucht. Wenn ich mich hätte confessionell oder doctrinär in diesen Streit hineinziehen lassen, dann verdiente ich nicht das Vertrauen meiner Landsleute. Das Vaticanum ist uns damals nicht als eine Gefahr für den Staat erschienen, vielleicht eher für die Kirche — aber das war nicht unsere Sache. Auch der Streit in Braunsberg — wenn ich nicht irre, war es der des Lehrers Wollmann — hat mich noch nicht berührt, ich habe das als Ressortsache des Cultusministeriums betrachtet und bin erst hineingezogen worden durch den Angriff, den das Centrum bei seinem ersten Auftreten auf die Reichsregierung machte. (Redner führt nun verschiedene seiner Aeußerungen aus dem Jahre 1872 an, um zu beweisen, daß er dem Centrum eine wohlwollende Stimmung entgegengebracht, nicht also aus confessionellen Gründen es zu bekämpfen aufgetreten sei; wie er sich dann in Rom über die Haltung des Centrums beschwert und eine ablehnende Antwort erhalten habe.) Wir sahen auf diese Weise in der Curie damals einen Bundesgenossen einer inneren Fraction, gegen die wir glaubten uns wehren zu müssen, weil sie das Reich in seinen Fundamenten angriff. Man hat, um meinem Auftreten in diesem ganzen Streite einen confessionellen Charakter beizulegen, darauf Bezug genommen, daß ich laut bekannter Publicationen schon in Frankfurt antikatholisch gewesen wäre. Das ist eine Unwahrheit und trifft nur insofern zu, als der damalige Gegner der preußischen Politik Oesterreich war, sowie es 1871 das Centrum war, und die katholische Geistlichkeit, soweit sie auf die Bundesverhältnisse Einfluß hatte, Partei für Oesterreich nahm. Wenn ich auf die Genesis des Culturkampfs eingegangen bin, so habe ich damit nicht die Absicht, jetzt Recriminationen gegen das Centrum zu machen. Im Gegentheil, ich glaube, daß das deutsche Reich dem Centrum manchen Dank schuldig ist (Abg. Richter: Sehr richtig! Heiterkeit), indem es durch seinen Particularismus einem übereilten und zu weit gehenden Streben in unitarischer Richtung einen Hemmschuh anlegte. Außerdem ist das Centrum, da es hauptsächlich auf die Stimmen der ländlichen Bevölkerung angewiesen war, zugleich ein Mittel gewesen, die Ansprüche der ländlichen Bevölkerung gegenüber der großstädtischen in manchen wirthschaftlichen Fragen erfolgreich zu vertreten. Die protestantische Kirche hat nicht, wie der Abg. Gneist besorgt, von der jetzigen Vorlage irgend etwas zu fürchten. Sie hat Ansprüche auf Verbesserung ihrer Lage vor 1871 gehabt und hat sie noch heute. Eine Gleichheit der beiden Kirchen im preußischen Staat ist aber nach ihrer ganzen Beschaffenheit nicht möglich. So lange der König von Preußen Oberhaupt der evangelischen Kirche ist, ist von einer formalen Gleichheit zwischen beiden Kirchen gar nicht zu sprechen. Außerdem steht noch im Wege, daß beide Kirchen auf ganz anderen Fundamenten stehen: die katholische Kirche ist durch ihre Geistlichkeit vollständig hergestellt, die protestantische Kirche beruht auf der Gemeinde. — Es kommt nun noch darauf an, den Freunden der Regierung den Nachweis zu führen, daß mit den heute erbetenen Concessionen ein Verlust für den Staat, wie er 1871 vor dem Kampf dagestanden hat, in keiner Weise verbunden ist. Sie gehen davon aus, daß Alles, was wir von dem status vor 1876 abgebröckelt haben, daß das schon Concessionen sind. Das sind meines Erachtens nur Präliminarien zum Friedensabschluß im Kampfe, der 1871 begonnen ist. Die heutige Vorlage bildet das Ergebniß von dem, was in Preußen die Regierung nach achtjährigen Erwägungen und Unterhandlungen in der Sache glaubt gewähren zu können, ohne ihre Stellung im eigenen Lande zu gefährden. In unserem Kampfe ist glücklicherweise kein Blut vergossen, keine Städte sind zerstört worden, es hat nur Redeschlachten gegeben. (Zuruf: Zwei Jahre Gefängniß!) Zwei Jahre gesessen? Im 7jährigen Krieg haben Viele viel länger gesessen. Das ist doch nicht ein so großes Opfer, daß Sie deshalb verlangen können, daß der Friede der ganzen Nation gestört bleibt. Wenn ich mich entschlossen habe, dem König zur Genehmigung einer Einigung mit der Curie, wie sie vorliegt, zu rathen, so habe ich das nicht gethan, ohne einen Blick in unsere Zukunft zu thun. Die Weltgeschichte läßt sich nicht machen; auf ihrem Strom kann man ein Staatsschiff steuern, wenn man sorgfältig auf den Compaß der salus publica blickt und diese richtig zu beurtheilen weiß. Wenn Sie nun zu mir das Zutrauen haben, daß ich nach 25jähriger Probezeit in diesem Gewerbe des Steuerns einige Erfahrung gewonnen habe, dann bitte ich: bethätigen Sie dieses Zutrauen dadurch, daß Sie einstimmig — wenn ich „einstimmig" sage, so nehme ich immer den Herrn Abg. Richter aus — (Große Heiterkeit) — die Vorlage annehmen. Wenn Sie das Vertrauen zu mir nicht haben, wenn mich meine Freunde bei dem Abschluß dieses mühsamen Werkes wirklich im Stiche lassen sollten, so wird es mir auch unmöglich sein, an einem Staatswesen, das mir solche Erfahrungen bietet, ferner mitzuwirken, ich würde mich aus dem preußischen Staatswesen vollständig herausziehen müssen und nur noch meine Erfahrungen im auswärtigen Dienste dem Kaiser zur Verfügung stellen, d. h. im Reichsdienst. Meine politische Ehre ist dafür engagirt; ich kann an einem Staatswesen nicht länger theilnehmen, welches mich in dieser Richtung compromittirt, schon deshalb, weil auf dem Vertrauen meiner politischen Rechtlichkeit und Zuverlässigkeit ein wesentlicher Theil des Einflusses beruht, den ich in Europa übe. Wir können schweren Prüfungen entgegengehen in auswärtigen Kämpfen und in inneren Kämpfen gegenüber Umsturzparteien verschiedener Kategorien. Mein Bedürfniß ist gewesen, alle inneren Streitigkeiten abzuthun, die in der That entbehrlich für uns sind. (Bravo! rechts.) Und für entbehrlich halte ich den Kirchenstreit, wenn er hiermit beigelegt werden kann. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Graf Schwerin (cons.) plädirt für die Annahme, von der er die Wiederherstellung des inneren Friedens bestimmt erhofft, bedauert aber die schroff ablehnende Haltung, welche die Regierung gegenüber dem Streben der evangelischen Kirche nach einer größeren Unabhängigkeit einnimmt.

Abg. Virchow: Der Ministerpräsident sprach von einer Schädigung des Landes durch eine gewissenlose Opposition; ich weiß nicht, ob sich das auf uns beziehen

sollte. Es trägt doch nicht dazu bei, den Kampf unter den Landsleuten, den der Ministerpräsident so vielfach bedauert hat, zu unterdrücken, wenn von der höchsten Stelle des Landes aus derartige Ausdrücke in die parlamentarische Discussion geworfen werden. (Sehr richtig! links.) Er hat ohne weiteres von subversiven Tendenzen gesprochen, die uns zugeschoben werden. Die Regierung hat niemals Veranlassung gehabt, uns wegen subversiver Tendenzen anzugreifen; im Gegentheil, wenn wir mit ihr in Disput kommen, haben wir die Verfassung gegen die Regierung zu vertheidigen. Wir haben die Regierung bei dem ersten Schrift, als es sich um das Schulaufsichtswesen handelte, unterstützt, dabei freilich alle Härten vermieden. Unsere Differenz mit der Regierung begann, als die Regierung selbst anfing abzubrechen unter Umständen, welche denjenigen höchst wunderbar erscheinen mußten, welche bis dahin mit der Regieruug gestimmt hatten. Der Reichskanzler hat damals mit großem Ernst den tiefen Gegensatz zwischen dem römischen Papstthum und der deutschen nationalen Entwickelung hier und im Herrenhause hervorgehoben. Mein Ausspruch „Nach Canossa gehn wir nicht!" fiel in eine Zeit, wo die Besorgniß herrschte, daß die Regierung zu schwächlichen Concessionen übergehen möchte. Damals hofften wir endlich zu einer allgemeinen materiellen Ordnung des Kirchenrechts, so weit es vom Staate gemacht werden konnte, zu gelangen. Das Civilstandsgesetz war ein Versuch dazu. Freilich haben wir später vom Reichskanzler hören müssen, daß er bei diesen verschiedenen Acten der Gesetzgebung entweder gar nicht oder nur widerwillig betheiligt gewesen sei. Hätten wir gleich gewußt, daß die Regierung nicht die Absicht hatte, zu einer befriedigenden Lösung in unserem Sinne zu gelangen, dann würden wir uns nicht für berechtigt erachtet haben, die Schritte mitzumachen, zu denen uns die Regierung verleitet hat: daß das Verhältniß der katholischen Kirche zum Staat geregelt werden sollte durch Verträge mit Rom. Davon haben wir keine Ahnung gehabt. Und wenn ich auch zugestehe, daß der Reichskanzler nicht nach Canossa gegangen ist, so steht doch die Einmischung des Papstes in deutsche Verhältnisse nahezu auf gleicher Linie. Niemand hätte sich träumen lassen, als der Reichskanzler im Herrenhause seine berühmte Rede hielt, in der er es für Christenpflicht hielt, für die Maigesetze einzutreten, und sein Seelenheil gefährdet erachtete, wenn diese Gesetze nicht beständen, daß er sich so sehr abkühlen würde. Wie kommen Sie eigentlich dazu, dies einen „Frieden" zu nennen? Die ganze Sache dreht sich wesentlich um das Einspruchsrecht. Der Papst hat die Anzeigepflicht concedirt. Wie wir aber aus dem Munde des Papstes selbst in seinem Schreiben an den Erzbischof von Köln erfahren haben, hat er keineswegs anerkannt, daß die Regierung durch ihren Einspruch die Besetzung geistlicher Stellen verhindern solle. Wäre der Papst schon mit dem Einspruchsrecht der Regierung einverstanden, dann brauchten keine Verhandlungen stattzufinden, von denen Niemand weiß, was aus ihnen werden wird. So lange diese Verhandlungen nicht abgeschlossen sind, kann von einem wirklichen Frieden nicht die Rede sein. Ich habe auf die Anzeigepflicht nie einen großen Werth gelegt. Das Einspruchsrecht aber hatte insofern eine größere Bedeutung, als es auch für die evangelische Kirche mitbezogen war. Soll das Einspruchsrecht auch für die evangelische Kirche aufgehoben werden? Erreicht aber die Regierung, was sie will, dann wird, wie Richter mit Recht befürchtet, eine neue Kategorie von abhängigen Personen geschaffen. Das Vaticanum hat die päpstliche Gewalt über Bischöfe und Clerus wesentlich erweitert. In dem Maße, in welchem wir dem Papst solche Dinge concediren, schwächen wir immer mehr den kleinen Clerus, den wir im Culturkampf gerade unabhängiger machen wollten. Wir haben bei den letzten Wahlen gesehen, wohin die enorme Gewalt der Regierung gegenüber dem endlosen Heer der kleinen Beamten reicht. Durch das Einspruchsrecht würde der Regierung ein noch größerer Einfluß auf andere Kategorien eingeräumt werden. Besonders bedenklich erscheint mir die Aufhebung des Gesetzes über die Grenzen des Gebrauchs der kirchlichen Straf- und Zuchtmittel. Wir haben uns gerade davor schützen wollen, daß die kirchliche Gewalt das freie Wahlrecht der Bürger angreife und daß der Wähler wegen seiner Abstimmung eine Censur erfahre. Sollte die Regierung Veranlassung haben, diese Censur durch die Geistlichkeit wieder einzuführen? Ich kann mir nicht denken, daß der Papst einen so großen Werth darauf legt, daß dieses Gesetz aufgehoben werde, welches ohne Schädigung kirchlicher Rechte ganz im Sinne der bürgerlichen Gesetzgebung aufrecht erhalten werden kann. Ich kann unmöglich einem Gesetze zustimmen, das solche Concessionen macht. Was die Orden anbetrifft, so haben wir niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir unser Urtheil über dieselben keineswegs auf specifisch-protestantische Bedenken stützen. Ich habe seit Erlaß des Ordensgesetzes manche katholische Länder gesehen und mich hierbei überzeugt, daß sie es ganz erträglich finden, den Katholicismus ohne Orden zu sehen. Nöthig sind diese nur für die Propaganda. Wir sind die Einzigen gewesen, welche im Laufe dieses Kampfes ein bestimmtes Programm aufgestellt, positive Gesichtspunkte angegeben haben, so daß man uns den Vorwurf negativer, subversiver oder feindlicher Haltung gegen die Kirche nicht machen kann. Wir haben uns bemüht, eine solide Basis für alle Seiten zu finden. Der Reichskanzler hat aber auch hier nach einigen Jahren die frühere Arbeit selbst wieder abgetragen und sich gesagt: nun wollen wir etwas anderes anfangen. Ich fürchte sehr, daß das Mittel, welches er hier anwendet, vielleicht im entscheidenden Augenblick versagen wird. Immer bleibt ein Punkt übrig, über den verhandelt werden muß. Wenn die Haltung des zeitigen Papstes eine freundliche ist, so kann doch Niemand wissen, wie sein Nachfolger sich uns gegenüber stellt. Diese Angelegenheit kann nach unserer Auffassung nur durch eine organische Gesetzgebung gelöst werden, rein nach Opportunitätsrücksichten. In Fragen der auswärtigen Politik hat ja der Reichskanzler mit dieser Opportunität große Erfolge erzielt. Auf seine gegenwärtige Kirchenpolitik aber sieht man nicht bloß im Inlande, sondern auch bei unseren Brüdern in Amerika und anderswo, z. B. in Italien mit Besorgniß. Für die innere Politik ist die Methode der Diplomatie wenig ersprießlich, hier wirkt sie geradezu zerstörend, weil sie die verschiedenen Parteien veranlaßt, ihre Grundsätze aufzugeben und sich nach den Anweisungen des Reichskanzlers zu fügen. Soviel sollte doch der Reichskanzler dem deutschen Gemüth und dem deutschen Geist zugestehen, daß ein deutscher Mann, der auf Ehre und Anstand hält, nicht in jedem Augenblicke von seinem Princip abweichen kann. (Sehr wahr! links.) Wenn der Reichskanzler in vielen Fragen der inneren Politik in uns seine Gegner sehen zu müssen glaubt, so leugne ich doch, daß wir in irgend einer Frage ihm nicht aus innerer Ueberzeugung entgegengetreten sind. Die Vorgänger des Kanzlers, Stein und Hardenberg waren der Meinung, daß der Staat selbstständige, unabhängige Charaktere brauche, Bürger von Festigkeit und Sicherheit, die nicht ihre Ueberzeugung alle Augenblicke ändern. Wir sind gegen die Vorlage, weil wir eine wirkliche Lösung der streitigen Fragen in ihr nicht finden können. Der Reichskanzler aber geht so weit, den Papst, dessen Hilfe er in verschiedenen inneren Angelegenheiten angerufen hat, jetzt nicht als Ausländer zu bezeichnen. Soweit ist er in seiner Opportunitätspolitik gekommen, daß er Ausländer für Inländer hält! Die Selbstüberwindung, die er sich in diesen Fragen aufgelegt haben muß, zeugt von Stärke. Diese besteht aber sonst mehr darin, daß man eine mit Besonnenheit genommene Position auch zu halten sucht. Die Nachgiebigkeit der Regierung geht jetzt aber über jedes Maß hinaus. Wer die Verhandlungen des Herrenhauses über diese Vorlage liest, sieht klar, wie der Cultusminister von einer Position zur anderen herunterklettert. Gerade in Deutschland sind sonst religiöse Fragen immer mit hohem Interesse verfolgt worden, und dieses wollten wir gerne dem deutschen Volke erhalten. Der Regierung müssen wir deshalb die volle Verantwortung überlassen und ihr unsere Mitarbeit an einem Gesetze versagen, daß das Interesse an religiösen Fragen mindert und als ein Stückwerk nicht im Stande ist, den schweren Conflict mit der Kirche endgiltig zu beseitigen. (Beifall links und im Centrum.)

Fürst **Bismarck** bestreitet zunächst, daß er sein „Seelenheil" als an diesen Kampf gebunden bezeichnet habe; die Sorge für das Seelenheil möge man ihm selbst überlassen. Der Vorredner ist in seinem Lehramt gewohnt, Censuren zu ertheilen. Daher will ich ohne Widerspruch seine Censur hinnehmen, daß ich einen Mangel an Befähigung für größere politische Fragen für ihn gezeigt habe. Er hat mir auch Mangel an Consequenz vorgeworfen. Consequenz für einen Staatsmann ist um so leichter, je weniger politische Gedanken er hat. Jemand, der die Situationen und die Fragen, mit denen er sich zu beschäftigen hat, an jedem Tage, in jedem Jahre wiederholt wechseln sieht, kann unmöglich unter verschiedenen Umständen immer dasselbe thun. Wenn ich in der heftigsten Phase dieses kirchlichen Kampfes Worte gebraucht habe, die hart waren, so waren das eben doch nur rhetorische Kämpfe, auf die es beim Friedensschluß ebenso wenig ankommt, wie auf die Kanonenkugeln, die die Armeen untereinander ausgetauscht haben. Der Vorredner hat mir Stein als Muster vorgehalten, der hätte Widerspruch ertragen können. Stein hatte kein Parlament (Heiterkeit). Ich glaube nicht, daß der Vorredner Stein gegenüber mit einer so ruhigen Erwiderung abgekommen wäre; das wird er selbst kaum zu behaupten wagen, wenn er Steins Geschichte und Charakter studirt hat. Ich glaube, daß ich neben dem ein gutmüthiger und versöhnlicher Minister zu nennen bin. (Heiterkeit) (Redner führt nun noch einmal aus, daß er die Maigesetze immer nur als Kampfesmittel angesehen, die den Papst zum Frieden bringen sollten, die aber überflüssig wären, wenn der Frieden geschlossen ist). Der Vorredner hat mir auch wieder vorgeworfen, daß ich Politik nach meinen Absichten triebe, und daß ich suchte, durch alle parlamentarisch erlaubten Mittel mir die Majorität zu gewinnen. Verlangen Sie etwa von mir die Kinderei, daß ich gegen meine eigene Ansicht, daß ich nach den Ansichten des Herrn Virchow Politik treibe, wenn ich überzeugt bin: sie sind fehlerhaft, nachdem ich mich Jahrzehnte hindurch überzeugt habe, daß seine Beurtheilung und seine Vorhersagungen in der großen Politik immer unrichtig gewesen sind? (Heiterkeit und Bravo! rechts.) Der Abgeordnete hat dann die Begriffe „Parität" und „Gleichheit" verwechselt. Parität erstreben wir allerdings, das heißt, daß die verschiedenen Bekenntnisse in den politischen Rechten, die Jemand auszuüben hat, keinen Unterschied machen, aber Gleichheit in der staatsrechtlichen Situation beider Kirchen daß nicht möglich zu erstreben. Die Katholiken glauben der Orden zu bedürfen, — gut, ich habe nicht darnach zu fragen, ob ich ihren Glauben theile oder für berechtigt halte. Mein Bestreben ist in diesen ganzen Verhandlungen nur das gewesen, die Friedliebenden unter unseren katholischen Mitbürgern zufrieden zu stellen. Es würde der Sache wenig gedient sein, wenn ich sagen wollte: Ihr irrt euch, das braucht ihr nicht. Das Maß dessen, was die friedliebenden versöhnlichen Katholiken unter diesen wirklich zu gebrauchen glauben, das ist für mich die Grenze gewesen, bis an die zu gehen ich geneigt bin. Der Kampf zwischen der Priestergewalt und der Staatsgewalt, ich will sagen, der königlichen Gewalt, ist uralt und wird, so lange beide geschieden sind, aus der menschlichen Gesellschaft nicht getilgt sein. Ich kann, wenn ich den Staat für angegriffen halte, defensiv um so schärfer mich auf einen Kampf einlassen, je schärfer und ungerechter die Waffen sind, mit denen der Angriff gemacht wird. Aber einen Theil unserer Landsleute ihres Bekenntnisses wegen dauernd zu vergewaltigen, das ist ein Ziel, nach dem ich noch niemals gestrebt habe. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem noch der conservative Abg. **v. Gerlach** für **die unveränderte Annahme der Vorlage gesprochen, wird die Debatte auf Freitag vertagt.**

Thorner Weichsel-Rapport.

Thorn, 21. April. Wasserstand: 2,07 Meter.
Wind: NW. Wetter: bedeckt, kühl, Schnee.

Stromab:

J. D. Hoch, Anker, Nieszawa, Kurzebrack, 1 Kahn, 100 000 Kilogr. Feldsteine.
O. Hoch, Anker, Nieszawa, Kurzebrack, 1 Kahn, 80 000 Kilogr. Feldsteine.
Demski, Busse, Nieszawa, Thorn, 1 Kahn, 30 000 Kilogr. Feldsteine.
Gurni, Busse, Nieszawa, Thorn, 1 Kahn, 20 000 Kilogr. Feldsteine.
J. Wißniewski, Kleist, Nieszawa, Dirschau, 1 Kahn, 40 000 Kilogr. Feldsteine.
Jul. Wißniewski, Kleist, Nizawa, Dirschau, 1 Kahn, 40 000 Kilogr. Feldsteine.
Joh. Wißniewski, Kleist, Nieszawa, Dirschau, 1 Kahn, 40 000 Kilogr. Feldsteine.
Böhlke, Busse, Nieszawa, Thorn, 1 Kahn, 50 000 Kilogr. Feldsteine.
H. v. Szydlowski, Busse, Nieszawa, Thorn, 1 Kahn, 50 000 Kilogr. Feldsteine.
J. v. Szydlowski, Busse, Nieszawa, Thorn, 1 Kahn, 75 000 Kilogr. Feldsteine.
Mentz, Wissocki, Nieszawa, Thorn, 1 Kahn, 30 000 Kilogr. Feldsteine.
Sobiekowski, Busse, Nieszawa, Thorn, 1 Kahn, 25 000 Kilogr. Feldsteine.
Pawlowski, Busse, Nieszawa, Thorn, 1 Kahn, 40 000 92 008 Kilogr. Feldsteine.
John (Güterdampfer „Anna") schleppt ein Schleppkahn, Gebr. Harder, Thorn nach Danzig, Stettin, Graudenz.
Rollbicki, Cohn, Riefflin, Adolf, Thomas, Dammann u. Kordes, Borchardt u. Co., Aron, H. Borchardt, Thorner Spritfabrik, Sultan, Drewitz, Weigel, Brunk, Sichtau u. Co., Kolwitz, Thorn und Leibitsch nach Dirschau, Memel, Königsberg, Elbing, Neuenburg, 1 Schleppkahn, 80 Kg. Zuckerwaare, 500 Kg. Pflaumen, 200 Kg. Gries, 2840 Kg. leere Fässer, 125 Kg Honigkuchen, 137 Kg. Wein, 921 Kg. Branntwein, 524 Kg. Cichorien, 900 Kg. Eisen, 520 Kg. Stahlschaaren, 51 127 Kg. Sprit, 136 Kg. Nudeln, 66 Kg. Lebenstropfen, 649 Kg. Sprit und Nordhäuser, 476 Kg. Maschinentheile, 10 100 Kg. Mehl

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann. — das Feuilleton und Literarische: H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.